Praxis des Leninismus.

Der chinesische Bürgerkrieg.

Die Rolle der Komintern.

Seit einigen Jahren tobt in China der Klassenkrieg, der bis auf den heutigen Tag noch nicht entschieden ist. Er trägt nicht das klassische Gepräge, wie einst der französische Bürgerkrieg, der markant die Klassen schied und ihre Gegensätze klar ausdrückte. Die Klassenscheidung in China wird oft durch den nationalen Kampf künstlich überbrückt, und der Krieg der chinesischen Generale untereinander verwischt das öffene Gesicht des Klassenkampfes. Wir haben daher im chinesischen Bürgerkrieg kein einheitliches Bild des Klassenkampfes zu verzeichnen, sondern die gesellschaftlichen Gegensätze treten meistens verzerrt in Erscheinung. Wohl kämpfen die armen Bauern und Industriearbeiter gegen den Feudaladel der Großgrundbesitzer und gegen das städtische Bürgertum, doch tritt dieser Kampf durch die Cliquenkämpfe der Generale, die wieder verschieden orientiert sind, in den Hintergrund.

Die Bewaffnung der Schanghaier Arbeiter im April dieses Jahres und der Kantoner Aufstand, sind die ersten revolutionären Aktionen der chinesischen Arbeiterklasse gegen ihre Klassenfeinde.

Bisher befand sich die proletarische Bewegung im Schlepptau der Kuomintang, der bürgerlichen nationalen Partei Chinas, die die Freiheit der chinesischen Bourgeoisie erstrebt. Das Programm der Kuomintang ist ein demokratisch-kapitalistisches und hat mit proletarischen Zielen und Grundsätzen nichts zu tun. Wenn trotzdem das chinesische Proletariat unter der Fahne seiner Klassenfeinde kämpfte und noch heute, nach der verbrecherischen Handlungsweise der Kuomintang, in dieser Partei organisiert ist, so beweist das nur, wie wenig bis jetzt das chinesische Proletariat seine Klassenaufgaben verstanden hat.

Als Marxisten wissen wir sehr gut, daß das Proletariat in seinem Befreiungskampf keine Bundesgenossen hat und nur auf seine eigene Kraft als Klasse bauen darf, wenn es siegen will. Auch für das chinesische Proletariat gilt diese Erkenntnis, und nie darf ein nationaler Kampf der Bourgeoisie für die Arbeiterklasse ein Anlaß sein, ein Bündnis oder gar Burgfrieden zu schließen. Die Niederlagen der chinesischen Arbeiterklasse beweisen uns, wie falsch es ist, wenn das Proletariat um nationale Interessen ein Stück Wegs gemeinsam mit der Bourgeoisie geht. Das Bürgertum ist nur solange dem Proletariat ein Bundesgenosse, als dieses auf seine eigenen Klasseninteressen verzichtet; doch in dem Moment, wo das Proletariat eigene Forderungen und Bedingungen stellt, hebt die Bourgeoisie jeden Pakt auf und schlägt das Proletariat blutig nieder, wenn es sich nicht willig der Diktatur der besitzenden Klasse fügt.

In China fügt jetzt langsam das Proletariat an, diese marxistische Binsenwahrheit zu verstehen; doch sind die Ansätze hierfür noch schwach. Es taucht die Frage auf, warum das chinesische Proletariat solange von der nationalen Phrase befangen war und warum es solange für seine eigenen Unterdrücker seine Energien opferte. Erstens ist einmal die Arbeiterbewegung in China sehr schwach und erst in ihren Anfängen begriffen und hat keine großen geschichtlichen Erfahrungen. Zum Zweiten hat die russische Politik der Komintern viel dazu beigetragen, daß die chinesische Arbeiterklasse nur das Werkzeug der bürgerlichen Kuomintang war und ihre Klassenaufgaben zurückstellte. Gerade die zweifelhafte Politik der Komintern hat viel zu der Niederlage der chinesischen Arbeiterklasse beigetragen. Es ist daher notwendig, dokumentarisch zu skizzieren, welches Doppelspiel Moskau auch in China treibt.

Es wird von dieser Seite stets behauptet, das chinesische Proletariat müßte vor allem gegen den Imperialismus Englands, Amerikas und Japans kämpfen, und die Partei, die für diesen Kampf in Frage kommt, ist die Kuomintang. Tatsache ist jedoch, daß weniger ein national beeinflußtes Kolonialproletariat den Imperialismus schlagen kann, als die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Mutterländern. Auch die Komintern weiß das, und trotzdem trieb sie solange die chinesischen Proletarier in die Arme der nationalen Kuomintang, bis dieselbe die russischen Vertreter ermordete und vertrieb.

Heute wütet der weiße Schrecken der Kuomintang in China und metzelt alles nieder, was proletarische Interessen vertritt. In Kanton wurden am 16. und 17. Dezember 5000 Proletarier hingemordet von den Machthabern der Kuomintang, als sie den Versuch machten, bewaffnet selbst ihre Geschicke zu leiten, und erst jetzt, nachdem sich auch die Bajonette gegen die russischen Vertreter richten, rückt die Komintern von dieser bürgerlichen Partei ab. Welche traurige und konterrevolutionäre Politik Rußland in China betrieb, zeigen uns am besten ihre eigenen Wandlungen. Am 24. März 1927 schrieb die „Rote Fahne" vom „wachsenden Einfluß der Kommunisten" in der Kuomintang und stellte eine Linksentwicklung derselben fest. Am 8. April, eine Woche vor der blutigen Niederschlagung der Schanghaier Arbeiterwehren durch die Kuomintang, brachte die „Rote Fahne" einen gemeinsamen Aufruf der KPCh. und der Kuomintang. In demselben preist man noch besonders die Einheitsfront mit der Kuomintang und lobt sie folgendermaßen:

„Ein Bündnis zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei ist notwendig. Die Kommunistische Partei Chinas erkennt mit Bestimmtheit an, daß keine Veranlassung vorhanden ist, die Notwendigkeit der Kuomintang und ihrer Grundsätze im Verlauf der Revolution anzuzweifeln. Nur wer an dem Fortschritt der chinesischen Revolution verzweifelt, kann an einen Sturz der Kuomintang denken."

Nachdem am 15. und 16. April 1927 die Militaristen der Kuomintang den Aufstand des chinesischen Proletariats blutig erstickten, schrieb trotzdem noch die Komintern sympathisch für diese chinesische Noskepartei. Bucharin äußerte sich in einem Artikel der „Roten Fahne" vom 30. April 1927: „Werbung von Mitgliedern für die Kuomintang, Stärkung der Kommunistischen Partei mit allen Mitteln — alle diese Aufgaben müssen jetzt in den Vordergrund gestellt werden." Moskau hielt im Interesse seiner Nep und seiner kapitalistischen Beziehungen, weiter an der Bündnispolitik mit der Kuomintang fest, trotzdem dieselbe nach dem Schanghaier Arbeitermord offen ihr antiproletarisches Gesicht zeigte. Man zog keine Lehren aus den Tatsachen der Klassengegensätze und setzte die allbekannte Zellenarbeit solange in der Kuomintang fort, bis die Verhältnisse selbst diese Politik des Verrats unmöglich machten. Erst als die Kuomintang offen gegen Rußland den Kampf aufnahm, änderte Moskau seine Politik und erkannte auf einmal, daß die Kuomintang die Partei der Konterrevolution ist. Lange Zeit stellte die Komintern die Politik Tschangkaischeks als eine persönliche hin, die im Widerspruch stände zu der Linie der Kuomintang, und erst am 18. Dezember 1927 nahm zum erstenmal die KPD. Stellung gegen sie. Die „Rote Fahne" schreibt darüber folgendes:

„Jetzt steht die Kuomintang an der Spitze des Feldzuges gegen die Arbeiter und Bauern. Sie ruft öffentlich zum Bruch mit der Sowjetunion auf. Sie proklamiert öffentlich ihre neue Orientierung der Annäherung an die imperialistischen Mächte und sieht nur eine Gefahr: die nationalrevolutionäre Front der Arbeiter, Bauern und der radikalen kleinbürgerlichen Armut. Sie begnügt sich mit der Freiheit, die ihr vom Imperialismus gewährt wird, der Freiheit zur Niederschlagung der Revolution. Unter dem Schutz des Imperialismus und unter der Fahne der Kuomintang morden die Generale die revolutionären Arbeiter und Bauern."

Nachdem die Politik der Komintern vollständig zusammengebrochen ist, und nachdem man ihre Vertreter von seiten der Kuomintang vertrieben hat, kommt jetzt erst ihre späte „Einsicht". Es ist aber noch nicht einmal diese Einsicht, sondern die russische Politik ließ sich rein nur von den Verhältnissen treiben, anstatt ihr Ziel und Richtung zu geben. Wie war es sonst möglich, daß Bucharin noch am 30. April 1927, nach dem ersten Arbeitermord der Kuomintang, als Theoretiker noch für Werbung von Mitgliedern für die Kuomintang auffordern konnte.

China zeigt wieder einmal, welche verräterische Rolle die Komintern dem revolutionären Proletariat gegenüber spielt, und daß erst die harte Tatsache des Massenmordes an 5000 revolutionären Kantoner Proletariern sie zwang, den Kurs zu ändern. Eine Internationale, die erst dann den Klassenfeind erkennt, wenn er schon bereits das Proletariat mordet, hat keine Existenzberechtigung. Erst wenn das Proletariat erkennt, daß die Interessen des revolutionären Weltproletariats andere sind, als die von Rußland vertretenen, erst dann wird das Weltproletariat erkennen, welche verhängnisvolle Politik Rußland treibt, und was ganz besonders die chinesischen Ereignisse klar beweisen.

Der Kantoner Aufstand war der erste Versuch der jungen chinesischen Arbeiterbewegung, den Kampf aufzunehmen für die eigene Klasse. Mit den bestialischsten Mitteln wurde er von der Kuomintang niedergeschlagen, der Partei, die Moskau Zutreiberdienste leistete. Wenn die chinesische Arbeiterklasse die Lehren aus den Klassenkämpfen zieht und erkennt, daß es nicht zu wählen hat zwischen dieser oder jener Generalclique, und nicht für nationale, sondern für die eigenen Klasseninteressen zu kämpfen hat, dann werden die ungeheuren Opfer der chinesischen Arbeiterklasse nicht umsonst gefallen sein.

Eine neue Zeitung unter alter Flagge.

Der „Volkswille", Suhl, bisher Organ der KPD. Thüringens, ist ab 1. Januar Reichsorgan der Opposition (Marxisten-Leninisten) in der KPD. geworden und erscheint weiter als Tageszeitung.

Im Interesse einer immer notwendiger werdenden Klärung werden wir oft Veranlassung haben, uns mit dieser Oppositionsgruppe, die bisher gar keine Konsequenzen aus ihren Erfahrungen gezogen hat, zu beschäftigen. Betrachten wir die erste Nummer, so finden wir erneut die Bestätigung hierfür: „Nichts gelernt und alles vergessen!"

Im Leitartikel erklären sie, „daß nur der Weg des echten, unverfälschten Bolschewismus das Proletariat zum erfolgreichen Kampf führen kann." In der „Theorie" wollen sie „orthodoxe, d. h. strenge Marxisten-Leninisten bleiben". Sie behaupten, ihre Zeitung sei auf Arbeitergroschen gestellt und entbehre der „Unterstützungsgelder mächtiger Organisationen". Damit wird zugegeben, daß die zahlreichen Reichs- und Landtagsabgeordneten und sonstigen Parlamentarier der Gruppe ihre hohen Diäten, genau wie bei der KPD., für sich verbrauchen, während die Zeitung selbst auf Arbeitergroschen gestellt sein soll.

Der „revolutionäre" Parlamentarismus, eine ganz besondere „Stärke" der Ruthenen, kommt in einer über eine Seite langen abgedruckten Rede des Landtagsabgeordneten Bartels zum Preußenetat zur Geltung, die sich im wesentlichen mit den Verrätereien der KPD. beschäftigt. Wir hören da die interessante Tatsache, daß die KPD. beim letzten Braunkohlenarbeiterstreik die Parole ausgegeben hat, „die einheitliche Aktion (der konterrevolutionären Gewerkschaften; D. Red.) nicht zu stören".

Nach der Rede von Bartels haben die KPD.-Parlamentarier in Mecklenburg-Schwerin zusammen mit den dortigen Regierungsparteien den Notetat bewilligt, der folgendermaßen aussieht:

für die Justiz	3 188 000 RM.
für Polizei und Gendarmerie	460 000 RM.
für die Ordnungspolizei	2 334 000 RM.
darunter Spitzelgelder in Höhe von	40 000 RM.

Diese „anonyme Koalitionspolitik" der KPD. ist allerdings nichts Neues mehr und eine Binsenwahrheit ist es, wenn Bartels davon spricht, „daß dieser kapitalistische Staat kein neutrales überparteiliches Gebilde sein kann", daß man ihm also „als dem Ausdruck des gesamten kapitalistischen Systems nur in schärfster Kampf- und Frontstellung gegenüberstehen muß". Ebenso klar ist es, daß die preußische Regierung mitsamt den Sozialdemokraten keine andere Funktion ausübt, als die Bürgerblockreichsregierung — nämlich die Niederhaltung des Proletariats. Wenn Bartels der SPD. vorwirft, sie wäre beim Braunkohlenarbeiterstreik mit dem Einsetzen polizeilicher Streitkräfte gegen die Arbeiter einverstanden gewesen, so ist das der Sache nach richtig, aber — haben die Ruthenen nach ihrer ganzen Vergangenheit ein Recht dazu? Sind sie mit ihrer Volksblocktheorie berechtigt, der jetzigen Führung der KPD. „anonyme Koalitionspolitik" vorzuwerfen? Wir sagen nein, denn sie haben es früher nicht viel besser gemacht.

Wie doppelzüngig wirkt es, wenn Bartels sagt: „es ist unvereinbar mit einer revolutionären Gesinnung . . . wenn die heutigen kommunistischen Parlamentarier . . . diesem Klassenstaat und seinem Unterdrückungsapparat Mittel bewilligen".

Diese elende Heuchelei muß entsprechend beleuchtet werden. Die Ruthenen spekulieren, wie jede andere parlamentarische Führerclique, auf die (leider so starke) Vergeßlichkeit der deutschen Arbeiter; wir hoffen, ihnen das im Interesse der revolutionären Arbeiterschaft ein wenig zu erschweren.

Hören wir also selbst, wie sie einst, als sie noch die Macht in der KPD. hatten, über diese Fragen dachten. Auf dem Mai-Zentrale-Ausschuß der KPD., im Jahre 1925, referierte Ruth Fischer. Das Referat ist in einer als Manuskript gedruckten und von der damaligen Ruth Fischer-Zentrale herausgegebenen Broschüre (20. Mai 1925) „Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD." enthalten. Dort sagt R. F. auf Seite 62: „Es bestehen scheinbar die größten Schwierigkeiten, ob man auch ohne Bedingungen durch Stimmenthaltung eine bürgerlich-republikanische Regierung ermöglichen soll. Ich möchte ganz klar darauf antworten: Wenn wir wissen, daß es uns im Lande schadet, daß wir in eine Falle gelockt werden, wenn wir immer mit den Deutschnationalen eine republikanische Regierung stürzen, ohne daß der Arbeiter etwas anderes bekommt, als eine ihm reaktionärer erscheinende Regierung, sage ich, ist es richtig, eine solche Regierung nicht zu stürzen . . . Es hätte eine Lage kommen können, daß man uns auf unser Angebot nicht geantwortet hätte, und wir hätten trotzdem die Brüningregierung zu stürzen abgeholfen . . . Eine solche Politik kann nicht nur in Deutschland notwendig sein, sie kann ebensogut auch in Frankreich bei einem Linksblock oder in den Balkanländern zweckmäßig sein.

Wenn man dabei vergißt, daß auch die Regierungsfrage nach der Existenz Sowjetrußlands anders steht, dann betrachtet man die Dinge von einem Kirchturmstandpunkt; gewiß ist Marx ebenso ein Feind des proletarischen Staates wie Hindenburg, aber ein solcher Hindenburg — gezeichnet reaktionäres Deutschland ist gefährlicher . . . Nun die Frage des Budget . . . Das ist absolut keine prinzipielle Frage . . . Prinzipiell soll man verstehen, daß die Maschinengewehre, die wir dem Severing verweigern, dem Schlange-Schöningen (Deutschnational) in die Hand kommen."

Die ruthenischen Arbeiter mögen diese Rede einmal genau mit der „revolutionären" Parlamentsrede von Bartels vergleichen, und sie werden die ganze Prinzipienlosigkeit und schamlose Verlogenheit ihrer Führerclique begreifen. Wenn sie aber dann von Bartels weiter hören: „Eine Partei, die vorgibt, eine Arbeiterpartei zu sein, darf niemals für die Organe des Klassenkampfes Interessen wahrnehmen und derartige Mittel bewilligen", dann werden sie schließlich auch begreifen, daß sie, wenn sie nicht endlich prinzipielle Konsequenzen ziehen, immer und ewig eine Meckeropposition darstellen werden, die von niemanden mehr ernst genommen werden kann.

Schließlich und endlich werden sie aber selbst merken, daß dieser klaffende Widerspruch zwischen der „Theorie" (lies Phraseologie) und Praxis ihrer „Führer" in nichts andesem liegt, als in der Logik jeglicher parlamentarischen Betätigung, die konsequent und folgerichtig stets zur Politik des sogenannten kleineren Uebels führt. Daher auch jieber dem Severing als den Deutschnationalen die Maschinengewehre, trotzdem die der sozialdemokratischen Bluthunde (alle revolutionären Arbeiter haben das erfahren) genau so gut, ja noch besser, auf revolutionäre Arbeiter geschossen haben. —

Dies für heute. Mögen die ruthenischen Arbeiter hierüber nachdenken und mögen sie dabei bedenken, daß sie sich selber als Klassengenossen am eigenen Leibe schädigen, wenn sie weiter eine derartige verlogene Zweideutigkeit unterstützen und vertreten, denn oft genug sind sie bisher vor die Maschinengewehre gerraten, die ihre „Führer" bewilligt hatten. Die Losung und der einzige Ausweg aus dieser Zweideutigkeit kann nur die Erkenntnis sein: Hinweg mit jeglichem Parlamentarismus, und wenn er noch so „revolutionär" aufgemacht ist.

Klassengenossen! Vergeßt das nie!

Kommun. Arb.-Partei — Opposition
Ortsgruppe Groß-Berlin

Gedenkfeier

dem Gedächtnis
Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs
und den tausenden Opfern der Revolution gewidmet

Sonnabend, den 14. Januar 1928
in der Stadthalle, Berlin, Klosterstraße

Aus dem Programm:
Musik • Gesangschor • Rezitationen • Sprechchor

Beginn pünktlich 7½ Uhr — Rauchen nicht gestattet

Karten zum Preise von 50 Pf. (Erwerbslose 30 Pf.) sind in den Bezirkslokalen der KAP. und Union, sowie bei den Zeitungsausträgern der Organisationen zu haben.

Das Leichenhaus.

Viel hundert Tote in einer Reih'
Proletarier!
Es fragen nicht Eisen, Pulver und Blei,
Ob einer rechts, links oder Spartakus sei
Proletarier!

Wer hat die Gewalt in die Straße gesandt?
Proletarier!
Wer nahm die Waffen zuerst zur Hand
Und hat auf ihre Entscheidung gebrannt?
Spartakus!

Viel hundert Tote in einer Reih'
Proletarier!
Karl, Radek, Rosa und Kumpanei
Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei,
Proletarier.

Arthur Zickler,
im „Vorwärts" vom 15. Januar 1919.

Funktionärkursus
der KAP.- und AAU.-Opposition jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal Oehlschläger, Moabit, Berlichingenstr. 5.

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit ab

„Kommunistischer Arbeiter"
Organ
der Kommunistischen Arbeiter-Partei — Opposition

(Vor- und Zuname)

(Wohnort und Straße)

Dieser Bestellzettel ist an die Zeitungsausträger der Organisation abzugeben oder per Post als Drucksache einzusenden an **Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 98.**

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

2. Jahrg. Nr. 2. — Preis 10 Pf.

Kommunistischer Arbeiter

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, oder per Post durch Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Februar 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117 149. Karl Baethke, Bln.-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen. Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Krisenluft.

Seit Monaten soll es kriseln. So behaupten wenigstens die linken parlamentarischen Parteien und ihre Blätter. An der Spitze natürlich marschieren die beiden „einzigen Arbeiter"parteien mit ihren Organen „Vorwärts" und „Rote Fahne".

Was kriselt denn nun eigentlich? Die Außenpolitik des Herrn Stresemann, die bisher ganz nach dem Geschmack der „Völkerbefreienden" war und ihre volle Zustimmung und aktive Unterstützung fand, soll plötzlich ihren Kurs geändert haben. Stresemann, Stresemann, so heult der „Vorwärts", rede nicht nur, sondern bekenne dich zur Tat, ob es so bleiben soll oder nicht; denn der Kurs, der von den Deutschnationalen, dieser stärksten Regierungspartei zewünscht wird, führt zum Zerwürfnis mit Frankreich. Und dies bedeutet einen neuen Weltkrieg. Weiteres muß sich der Leser denken; nämlich, daß dann die Sozialdemokratie wieder fürs Vaterland (lies „Profit der Bourgeoisie") ins Feld geht, d. h. die Proleten hindenunziert wie anno Tobak 1914 usw., ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Das beängstigt diese Berufsverräter des Proletariats noch keine Minute. Doch bieten dieser offenen militärischen Metzelei und Abwürgerei der Blüte der Menschheit steht totsicher eine neue Rebellion, und wie diese endet, ob so wie 1918 und 1919 bis heute — wagt nicht mal Gustav Noske zu behaupten.

Die freche Sprache eines Teiles der deutschen Bourgeoisie, die absolut von den Daweslasten befreit werden will, ist doch nur der Ausdruck ihres neuen Kraftbewußtseins. Durch die Zutreiberrolle der Gewerkschaften hat das deutsche, gut organisierte Proletariat seinem Todfeind zu einer neuen Atempause verholfen, die geschickt vom Klassenfeind ausgenutzt wird.

Krisen soll es auch in der herrschenden Regierungskoalition, dem sogenannten Bürgerblock. Als wenn es einen Unterschied gibt zwischen den Bürgern Hindenburg, Stresemann, Marx, Noske und Brandler. Alle stehen auf dem Boden der Verfassung dieser Republik.

Dieser Bürgerblock, der augenblicklicher Vollzugsausschuß der herrschenden Klasse ist, soll nicht mehr regierungsfähig sein. So sagen wenigstens SPD. und KPD.

„Fort mit diesem Reichstag" brüllt die „Rote Fahne".

„Weltwahljahr 1928", so frohlockt der „Vorwärts". Durch Demokratie zum Weltfrieden und später mal vielleicht auch zum Sozialismus, wie sie ihn auffassen.

Während die wahlhungrigen Proletarier schon jetzt zum Teil von der Abrechnung mit dem Stimmzettel träumen, handelt der Vollzugsausschuß der Bourgeoisie ganz zielbewußt.

Ein reaktionäres Gesetz nach dem anderen erblickt das Licht der Welt, so wie es die Profitinteressen der einzelnen Kapitalgruppen gebieten. Die Krautjunker bekommen die Zollmauer und „notwendige" Kredite.

Die Schlotbarone und Industrieritter haben ja schon den elastischen (8)? Achtstundentag ihrer Proleten durch sozialdemokratische Schlichter zugesprochen bekommen. Von den Gewerkschaftsbesitzern haben sie Auskunft und Zustimmung zur Rationalisierung, d. h. zur raffinierteren Ausbeutung erhalten. Damit dieses auch funktionierte, waren Schlichtungsordnung und Schiedsspruchguillotine ebenso notwendig wie Verbot aller Streiks, die gegen diesen freigewerkschaftlichen Faschismus ausbrechen. Abbau der Sozialleistungen auf der einen Seite, dafür auf der anderen erhöhte Abzüge vom Arbeitslohn, gehören nach kapitalistischem Prinzip untrennbar zusammen und vervollständigen das Bild des „marschierenden Sozialismus".

Frei nach Scheidemann und des selig entschlafenen Fritz I.

Auch eine Justizkrise soll es geben. Die Justiz, die schneidigste Waffe der herrschenden Klasse, befindet sich erst dann in einer entscheidenden Krise, wenn die Proleten mit Hohngelächter die Zeitungen „Vorwärts" und „Rote Fahne" zur Seite legen und erkennen, daß die Ideen einer Zeit die Ideen der herrschenden Klasse sind, welche man nur durch die Klassensolidarität der ausgebeuteten Klasse bekämpfen und überwinden kann.

Während dem Proletariat durch seine Berufsverräter alles mögliche vorgegaukelt wird, damit es bald reif zur Wahl ist, geht der „Klassenkampf unerbittlich weiter.

Schiedsspruchguillotine — Streikverbote kann und darf man nicht gleichmäßig anwenden. Es würde sonst die „freieste Republik" der Welt zu sehr dem Mussoliniland gleichen.

1928 ist nicht nur Weltwahljahr, sondern gewerkschaftliches „Kampf"- (nicht Krampf)jahr. Vom Dezember 1927 bis Juni 1928 laufen zirka 300 Tarifverträge, auf die vier Millionen Ausgebeutete betreffen. Gegen Ende März sind es zirka 170 Tarife mit 2½ Millionen Proletariern. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbesitzer ist es nun, aufzupassen, daß nicht zuviel Schafe die Hürde durchbrechen und eventuell andere Wege gehen. Nach Möglichkeit werden die Berufsgruppen für ihre rein „wirtschaftlichen" Interessen verpflichtet, alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft, dann an den Staat appelliert, der angeblich über den Klassen stehen soll; und wenn dann dieses alles nichts nützt, dann gestattet man auch mal einen Streik, so wie jetzt in Mitteldeutschland den Metallarbeitern, die zum groben Teil noch ausgesperrt sind. Die Sympathie aller Volksgenossen gehört euch, verkündet dann der „Vorwärts". Der Sieg ist nicht fern — usw. Und wenn dann nach Wochen die Zermürbung da ist und endlich ein Vergleich zwischen den Industriegewaltigen und den Sklavenhändlern geschlossen ist, und die Proletarier ernsthaft die Ursachen ihrer laufenden Niederlagen diskutieren und auch erkennen, dann, ja dann — und das ist die Krise, die ernsthaft besteht und gelöst werden muß, — kommen die traurigen „Kommunisten" der „Roten Fahne" und überschreien sich: „Proletarier, rettet die Gewerkschaften, das sind eure Klassenkampforganisationen".

So wie der Kapitalismus seine schwerste Krise, seine Endund seine Todeskrise durchlebt, aus der es für ihn kein Entrinnen gibt, so erlebt auch parallel das Proletariat seine Organisationskrise.

Organisationskrise darum, weil alle seine Organisationen, die als Grundlage die kapitalistische Profitordnung haben, ebenfalls dieselben Erschütterungen erleben.

Darüber kann auch ein kleiner zahlenmäßiger Aufstieg der Orgeschgewerkschaften nicht hinwegtäuschen, ebensowenig, wie zahlenmäßiges Anwachsen der Parlamentsmandate entscheidend ist.

Die Proletarier gehen nicht mehr, innerlich so fest überzeugt vom Sieg des Stimmzettels wie 1919, zur Wahl, trotzdem sie noch gehen.

Die Proletarier gehören zum großen Teil nur noch widerwillig den Orgeschgewerkschaften an, trotzdem sie ihnen noch angehören.

Die 3. Internationale, der verlängerte außenpolitische Arm Rußlands, befindet sich in Gestank verbreitender Verwesung. Die einzelnen Sektionen befinden sich in voller Auflösung. Zum Untertauchen in die Parteien der Vaterlandsverteidigung um jeden Preis steht nur noch eine gewisse Tradition im Wege. Die Front wird aber immer klarer. Die Bourgeoisie mit ihren Lakaien der II. und III. Internationale, und hie das revolutionäre Proletariat, das nur noch organisatorisch getrennt marschiert, dessen Marsch aber doch zum Kommunismus führt. Im Kampf mit dem Klassenfeind werden immer deutlicher und klarer die Lehren der Niederlagen gezogen werden, und enger, immer enger wird sich der gesunde Teil des Proletariats zusammenschweißen, trotz langquälender Krise.

Unter den Losungen:

Zerstörung der Orgeschgewerkschaften als testester Wall der kapitalistischen Zwingburgen — Verweisung des parlamentarischen Budenzaubers als Maschinerie zur Erzeugung von Massenillusionen und Korruptionsherden — Ablehnung des Bolschewisierungs von Kapitalsgnaden als schlimmste Arbeitsgemeinschaft

wird sich das kämpfende Proletariat vereinigen in dem Rufe:

Alle Macht den Räten,

und siegen trotz alledem.

Der XV. bolschewistische Parteitag und die Verbannungskampagne Stalins.

Gleich der Präzision einer Maschine läuft in Rußland im Eiltempo die geschichtliche Entwicklung. Wenige Monate sind seit der Vorbereitung des XV. Parteitages der KPSU., dem Parteitag selbst und seiner Beschlüsse sowie ihrer Durchführung vergangen. Der Parteitag hat vom Standpunkt der Stalinisten aus besehen, ganze Arbeit gemacht. Schon die Vorbereitungen haben das bewiesen, war es doch gelungen, die Wahl von oppositionellen Delegierten zum Parteitag völlig zu unterbinden.

Die Opposition bot im großen und ganzen ein klägliches Bild. Nicht nur, daß sie sich von einer durch Stalin eingesetzten Kommission auseinanderreißen ließ, gab eine Gruppe nach der anderen Kapitulationserklärungen ab, die inhaltlich nicht im geringsten zu ihren gewiß nicht konsequenten Plattformen standen.

Die Gruppe Sinowjew-Kamenew erklärte am Schluß des Parteitages (19. Dezember 1927) ihre Bereitwilligkeit zur völligen organisatorischen und ideologischen Abrüstung ihrer oppositionellen Absichten. Das war die schmählichste und kläglichste Erklärung.

Dieser Erklärung ging am 18. Dezember eine solche voraus, die von Smilga, Muralow, Rakowski und Radek gezeichnet war, in welcher diese erklärten, ohne ihre Ansichten aufzugeben, nach wie vor für die Parteieinheit kämpfen zu wollen.

Der Parteitag ging über beide Erklärungen hinweg, von denen die letzte bestenfalls ein äußerst unglückliches taktisches Manöver darstellte, wie wir solche aus der Geschichte der bolschewistischen Fraktionskämpfe kennen, und schloß die Gruppen Kamenew und Radek aus mit der gleichzeitigen Ablehnung, auf ihre Erklärungen überhaupt einzugehen.

In derselben Entschließung wurde ausgesprochen, „aus der Partei die Gruppe Sapronows als eine offensichtlich antirevolutionäre Gruppe auszustoßen". (Anmerkung der Redaktion: Man beobachte den Unterschied in der bolschewistischen Sprache: ausschließen — ausstoßen.)

Etwas anderes war von diesem am 2. Dezember begonnenen Parteitag nicht zu erwarten, nachdem bereits am 6. Dezember die „Prawda" triumphierend im Leitartikel schrieb: „Sie haben ausgelogen", nachdem bereits seit Wochen eine Anzahl oppositioneller Arbeiter wegen ihrer Ansichten hinter Schloß und Riegel saßen und der Fraktionskampf Formen angenommen hatte, wie sie in der Geschichte der bolschewistischen Partei noch nicht zu verzeichnen waren.

Wir denken in diesem Zusammenhang an den offenen Brief des oppositionellen Redakteurs der „Prawda", Sorin an Bucharin, in welchem sich Sorin mit den schärfsten Worten gegen die Verhaftung des Sekretärs der Moskauer Bezirksabteilung des Buchdruckerverbandes, Michail Fischeleff, wendet. Die Verhaftung Fischeleffs war erfolgt, weil derselbe die oppositionelle Plattform gedruckt hatte. Bei aller Kritik der Halbheiten der russischen Opposition muß anerkannt werden, daß dieser Brief, welcher Bucharin mit aller Schärfe die heuchlerische Maske vom Gesicht reißt, ein selten mutiges Dokument eines Oppositionellen darstellt, welches bei der ganz besonderen Lage in Rußland entsprechend gewürdigt werden muß. Die Antwort auf diese Anklage blieb auch nicht aus; Bucharin ließ Sorin durch die GPU. sofort verhaften.

Nach allen diesen Vorgängen können, wie schon gesagt, die Kapitulationserklärungen der Gruppen Kamenew und Radek nur als ein feiges und unwürdiges Ausweichen vor dem Kampf gewertet werden.

Jedenfalls hat Stalin diese unwürdige Kapitulation wesentlich seine Arbeit erleichtert, indem er mit seinen Anhängern die Prinzipienlosigkeit dieses Teiles der Opposition weidlich zur Diskreditierung der Gesamtopposition ausnützen konnte.

Jedem, der die Ereignisse und Beschlüsse des XV. Parteitages einigermaßen verfolgt hatte, war klar, daß die Ent-

wicklung mit dem Ausschluß bezw. der „Ausstoßung" der Opposition nicht zu Ende sei. Das sollte sich sehr bald zeigen. Bereits Anfang Januar überraschte der Moskauer Berichtertatter des „Berliner Tageblatt", der stets über und von Stalin gut orientierte Paul Scheffer, die deutsche Oeffentlichkeit mit der sensationellen Nachricht, daß bereits am 3. Januar 30 oppositionellen Führern durch die russische Staatspolizei mitgeteilt worden sei, sie müßten Moskau verlassen und sich in entlegene Teile Rußlands begeben; die Orte würden ihnen noch mitgeteilt. Nach seinen Informationen sollten Trotzki nach Astrachan, Rakowski in das Gouvernement Wjatka, in einen Ort, der etwa 500 km von der nächsten Bahnstation entfernt sei, Radek und Kamenew nach Sibirien und Sinowjew auf die Höhen des Ural verbannt werden. Dies sei, — so schrieb Scheffer — das außerordentlichste Phänomen, daß die russische Revolution hervorgebracht habe, umsomehr, als bis heute — sein Brief trug das Datum des 6. Januar — von dieser Tragödie noch kein Wort in die russische Oeffentlichkeit gedrungen sei.

Während also die bürgerliche Presse sich so glänzend orientiert zeigte, markierte die „Rote Fahne" den Dummen und versteckte sich hinter dem offiziösen WTB. (Wir bringen diese Vorgänge im anderen Teil unseres Blattes. D. Red.) Erst am 12. Januar bemühten sich die Schmoks der „Roten Fahne", die KPD.-Arbeiter langsam auf die Verbannungen vorzubereiten. Mit der beispiellosen Frechheit satter Soldknechte verkündeten die deutschen Zentralkomitee-Strategen, daß es eigentlich eine revolutionäre Großmut sei, wenn man den Trotzkisten gestattete, in den unteren Organen des Staates zu arbeiten, eine Großmut also, dessen sie gar nicht wert sind. Im gleichen Atemzuge erklärten sie: „Wenn deshalb der Sowjetstaat beispielsweise die Anhänger der Gruppe Sapronow (die linkeste Arbeiteropposition. D. Red.), die auf dem Parteitage der KPSU. als konterrevolutionäre Gruppe charakterisiert wurde, **mit allen Mitteln der Staatsgewalt verfolgt**, genau so wie in den Jahren 1918 und 1919 die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die bewaffnete Aufstände gegen die proletarische Diktatur organisierten, so tut er nicht mehr als seine proletarische Pflicht."

Am 15. Januar wurde auch der Verbannungsort Sapronows, Gouvernement Onega am Eismeer, bekannt.

Die linke SPD.-Presse sprach sich beifällig aus. Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb zu der Verbannung:

„An Stelle dieser Mitkämpfer Lenins tritt nunmehr die neue Garde der Stalinisten... Auch in Deutschland. Wir stellen das fest, weil dadurch der Spalt in der Arbeiterbewegung notwendig verringert wird. Böttcher, Brandler und Heckert haben 1923 bewiesen, daß sie, wenn es sein muß, ebenso mit Wasser kochen können wie jeder sozialdemokratische Funktionär . . ."

Das ist eine verdammt deutliche Sprache und müßte selbst dem verbohrtesten Ekkianhänger zu denken geben.

Aber auch die Bourgeoisie bekundete lebhaftes Interesse und kargte nicht mit Beifall. Zwar wurde besonders von russischer Seite der Versuch unternommen, die Opposition in eine Front mit der Bourgeoisie zu bringen und darzustellen, als bedauere die Bourgeoisie die Verbannung. Der Berichterstatter des „Berliner Tageblatt" Scheffer wurde sogar dieserhalb in heuchlerischer Art und Weise von der „Prawda" angegriffen. Er verwahrte sich aber gegen diese „Unterstellung" und erklärte, „er begrüße die Verbannungen", die seiner Meinung nach „unvermeidlich" wären. Alsdann schreibt Scheffer, sehr deutlich die Entwicklung aufzeigend, die Rußland immer offener einschlägt:

„Deutschland kann nur wünschen, daß sich Brücken zwischen Sowjetrußland und den Völkern Europas schlagen, und es kann nur hoffen, daß Sowjetrußlands heutige, von Versailles weit entfernte und friedensverbürgende Regierungsform sich erhält. „Prawda" ist völlig auf dem Holzweg, wenn sie glaubt, daß da irgend ein Grund zur Trauer sei (!!)."

Lange danach, nachdem zuerst alle diese Meldungen von der bürgerlichen Presse gebracht wurden, veröffentlichte die Moskauer Presse am 19. Januar die offizielle Mitteilung über die Verschickung der 30 Oppositionellen. In dieser werden die Oppositionellen sowjetfeindlicher Tätigkeit nach dem Parteitag und der Schaffung illegaler Organisationen, sowie der Verbindung mit der Bourgeoisie (!) beschuldigt. Je nach dem Grad ihrer vermeintlichen Gefährlichkeit waren die Verschickungsmaßnahmen abgestuft. Die Führer der Gruppen Trotzki und Sapronow wurden „verschickt", Rakowski u. a. „wurden aufgefordert, Moskau zu verlassen" „Was die aus dem Oppositionsblock ausgetretenen Sinowjew, Kamenew u. a. anbelangt, so wurden sie angesichts ihrer Erklärung, daß sie sich allen Beschlüssen und Bedingungen des XV. Parteitages unterwerfen, von Parteiorganen zu weiterer Arbeit in die Provinz entsandt." (Inprekorr. Nr. 7, S. 130.)

Inzwischen veröffentlichte die „Prawda" einen Brief von Sinowjew und Kamenew, in welchem diese nach einer WTB.-Meldung in widerlicher Art und Weise erklären, „daß sie sich von der Trotzki-Gruppe in der Frage der vollen und wirklichen Unterwerfung unter die Beschlüsse des XV. Parteitages trennen, daß sie die Richtung zur Organisation einer zweiten Partei für verderblich erachten... Sie verurteilen die Gruppe Maslow in Deutschland, **verwerfen die Plattform des (russischen) Oppositionsblocks** und erklären, in ihrer Tätigkeit nur den Beschlüssen des XV. Parteitages folgen zu wollen. Sie sprechen schließlich die Ueberzeugung aus, daß der überwiegende Teil der ehemaligen Opposition sich mit der Partei versöhnen werde."

Eine solche schamlose Kapitulation hat es selbst in der Geschichte der bolschewistischen Partei, die sonst nicht arm an derartigen Manövern ist, noch nicht gegeben. Wir sind die letzten, die verkennen, daß eine Opposition in Rußland mit Gefahren verbunden ist, die es in Deutschland beispielsweise nicht gibt und haben dementsprechend manche sonst unverständliche Handlung der Opposition gewertet, obgleich uns das nicht an der Kritik hindern konnte; aber das Unterwerfungsgewinsel der Sinowjew-Kamenew ist wahrhaft ekelerregend. Hiergegen hat selbst Trotzki, der am 16. Januar nach Wiernij, etwa fünf Tagereisen von Taschkent (Turkestan) entfernt, transportiert wurde, eine gewisse Würde bewiesen.

Die Abreise Trotzkis gestaltete sich übrigens dramatisch. Wie der Reichstagsabgeordnete Scholem kürzlich in einer öffentlichen Berliner Versammlung berichtete, spielten sich auf dem Kasaner Bahnhof in Moskau unglaubliche Vorgänge ab. Trotz militärischer Besetzung durchbrachen Tausende von Arbeitern den Kordon, besetzten Bahnsteige, Abteile, die Lokomotive und die Wagendächer des Zuges. Als der Zug abfahren sollte, legten sich Arbeiter vor die Lokomotive auf die Schienen. Daraufhin wurde der Abtransport verschoben und Trotzki 2 Tage später plötzlich in der Nacht hinweggebracht. Hierbei wurde der 13jährige Sohn Trotzkis, der höchstwahrscheinlich seinem Vater folgen wollte, von den Beamten der Staatspolizei schwer mißhandelt. Eine ganz besondere Gemeinheit leistete sich Stalin noch dadurch, daß er der Frau Trotzkis verbot, ihrem Manne in die Verbannung zu folgen und sie an einen ganz anders gelegenen Ort verschickte.

•

Einen marxistisch geschulten Arbeiter kann die Entwicklung in Rußland nicht verwundern; auch der zukünftige Kurs, der sich noch viel rapider in der eingeschlagenen Richtung bewegen wird, kann kein Erstaunen auslösen. Im Gegenteil; alle jene Vorgänge, die selbstverständlich das stärkste Interesse bei der revolutionären Arbeiterschaft hervorrufen müssen, liegen folgerichtig auf der Linie der Entwicklung, welche schon begonnen wurde im Jahre 1917 mit der Parole der russischen Revolution: Frieden — Freiheit — Brot, die zur völligen chaotischen Aufteilung des Grund und Bodens führte und an Stelle einer kleinen Anzahl von Großgrundbesitzern eine Unmenge von kleinen Privateigentümern schaffte, die, Gegner jeder sozialistischen Maßnahme, auf Grund ihrer sozialen Lage bereit waren, jeden sozialistischen Angriff auf ihr Privateigentum mit passiver Resistenz bis zum offenen Widerstand zu beantworten. Daß sie, die erwachte Bauernklasse bei diesem Kampf zwischen Stadt und Land, den die Bolschewiki zu vertuschen dachten, bei ihrer numerischen Stärke allein schon im Vorteil war, konnte gleichfalls vorausgesehen werden. Dieser Kampf hätte nur dann zugunsten des russischen Proletariats entschieden werden können, wenn die Unterstützung wenigstens eines Teiles eines siegreichen westeuropäischen Proletariats gefolgt wäre. Da das aus mehreren Gründen, ganz besonders aber durch die Schuld der Bolschewiki nicht erfolgte, zog sich durch die ganze elfjährige Entwicklung der russischen Umwälzung jener Kampf zwischen sozialistischem, an Zahl schwachem Industrieproletariat und der privatwirtschaftlich eingestellten Bauernklasse nebst kleinbürgerlichem Anhang. Das bisherige Ergebnis dieses Kampfes ist die heutige Lage in Rußland.

Wenn man die bisherige Geschichte aller russischen Oppositionen verfolgt, so wird man finden, daß, angefangen mit der Opposition der linken Kommunisten sowie der um Trotzki und Radek beim Brest-Litowsker Friedensvertrag bis zu den heutigen Oppositionen alle Ursache ihrer Entstehung und Existenz eben in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen liegt, welche die Bolschewiki bisher gezwungen haben, in ihrer in diesem Falle inneren Politik mit der vornehmlichen Tendenz zur Bauernklasse zwischen dieser und den Proletariern hin und her zu pendeln. Daß unter solchen Verhältnissen die Politik der russischen Partei keine einheitliche sein kann, ist verständlich, um so mehr, als sich mindestens mit der Einführung der Neuen Oekonomichen Politik verschiedene Interessengruppen in der Partei gebildet haben und die Nep. hauptsächlich zur Entartung geführt hat. Nicht umsonst entstand zur Zeit der Einführung der Nep. die Opposition der Arbeitergruppe um Mjasnikow und Kusnezow, die noch unter Lenin ihre (unter russischen Verhältnissen betrachtet) verhältnismäßig scharfe Opposition mit der Verbannung nach Sibirien büßen mußten.

Was nun die heutige Opposition anbelangt, so wissen wir allzu gut, daß sie nicht prinzipiell und konsequent eingestellt ist. Trotzdem verkennen wir nicht den Umstand, daß alle Oppositionsgruppen eben von den spezifisch russischen Verhältnissen ausgehen, die trotz vieler Parallelen doch nicht mit denen kapitalistischer Länder zu vergleichen sind, und daß deshalb alle oppositionellen Gruppen letzten Endes nur die Verhältnisse reformieren, nicht aber grundsätzlich (was notwendig wäre) ändern wollen.

Hieraus erklärt sich auch die Tatsache, daß seinerzeit die Gruppe Mjasnikow und jetzt die Gruppe Sapronow in ihrer Kritik von der Nep. ausgehen und nicht prinzipielle Gegner derselben sind. Aber so wahrscheinlich es ist, daß eines Tages die Stalin-Bucharin den Weg gehen werden, den sie jetzt der Opposition bereitet haben, wenn sie von einer noch konsequenter nach rechts steuernden Gruppe abgelöst werden, so klar ist es auch, daß die künftigen Verhältnisse in die Hirne der revolutionären russischen Arbeiter jene Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Aenderung bringen wird, die sie allein in die Lage versetzt, mit Hilfe des westeuropäischen revolutionären Proletariats ein wahrhaft sozialistisches Rußland zu schaffen. Dann werden sie auch erkennen, daß die Behebung ihrer elenden Lage nicht durch bloßen Personenwechsel erreicht werden kann, sondern daß es gilt, ihren Staatsapparat genau so zu zerschlagen, wie es das westeuropäische Proletariat tun muß. Dann wird der Tag da sein, wo unsere russischen Brüder darangehen müssen, den kompromittierten Räten unter ihrer wirklich revolutionären Diktatur neuen Odem einzublasen.

Wann dieser Tag sein wird — wir wissen es nicht; wahrscheinlich wird er erst nach dem Siege des westeuropäischen Proletariats eintreten. Um so mehr ein Grund für uns, alle Kräfte einzusetzen für den Sieg der revolutionären Diktatur des Proletariats; das ist die beste Solidarität für das russische Proletariat.

Bis dahin und nebenher aber läuft nach wie vor unsere Aufgabe, durch revolutionäre brüderliche Kritik der russischen Opposition zu zeigen, daß es mehr denn für sie darauf ankommt, an die Stelle der Waffe der Kritik

die Kritik der Waffen

zu setzen.

Spaltungen in der Arbeiterbewegung.

Allzu oft hat der Gedanke von Spaltungen, sowie den hieraus erwachsenden Tatsachen eine Verzweiflungsstimmung in den Hirnen der Proletarier erzeugt. Das Verkennen der Verhältnisse und das Nichtverstehen der Ursachen, die zu unüberbrückbaren Gegensätzen und zu Spaltungen führten, haben hauptsächlich dazu beigetragen, daß Tausende gute Klassenkämpfer sich verzweifelt vom Befreiungskampfe abgewandt haben. Soll sich diese unerfreuliche Tatsache in Zukunft nicht mehr wiederholen, dann müssen wir über den geschichtlichen Werdegang und Charakter von Spaltungen Klarheit und Aufklärung schaffen.

Es ist vollständig irrig und würde an Aberglauben grenzen, wollte man behaupten, daß sich alle Spaltungen hemmend für die Befreiung der Arbeiterklasse auswirken. Meistens ist das Gegenteil der Fall. Und in den wenigsten Fällen erweist sich eine Spaltung als eine politische Rückwärtsentwicklung. Bei der Beurteilung derselben darf uns nie das Gefühl leiten, sondern nur der kritische Verstand, der prüfen muß, inwieweit eine geschichtliche Notwendigkeit für eine Spaltung gegeben ist.

Bei Diskussionen hören wir oft die zweifelhafte Ansicht, daß Spaltungen nur durch Führerstreit und durch Differenzen von Funktionären, die sich nicht verstehen wollen und ihre persönlichen Gegensäze auf die Spitze treiben, verursacht werden. Spaltungen sind alsdann die Folge. Rein äußerlich mag es manchmal so erscheinen, daß eine Spaltung diese Form annimmt, doch bei näherer Betrachtung und Untersuchung sehen wir, daß wohl Personen durch Rede und Schrift im Vordergrund derselben stehen; doch tragen sie in der Mehrzahl nicht ihre persönlichen Differenzen aus, sondern grundsätzliche und taktische Auffassungen, die durch die Entwicklung geboren wurden.

Spaltungen sind, geschichtlich gesehen, nicht das Werk von schlechten oder guten Führern, sondern ergeben sich aus grundsätzlichen Widersprüchen. Auch eine Spaltung, die, äußerlich gesehen, einen Führerstreit zur Grundlage hat, können wir nicht nur persönlich beurteilen. Als Marxisten wissen wir, daß das persönliche Sein eines Führers den gesellschaftlichen Verhältnissen der Organisation entspricht, in der er steht. Wenn er unumschränkt herrschen kann und über den Mitgliedern steht und sogar die Organisation spalten kann, so spiegelt das deutlich die Krankheitssymptome seiner Organisation wider. Eine Organisation, die Personen zu ihrem Tummelplatz machen können und in der die Mitglieder nur Beitragszähler und Statisten sind, hat keine Existenzberechtigung für den proletarischen Klassenkampf. Es ist daher kein Schaden für den proletarischen Befreiungskampf, wenn solche Organisationen gespalten werden. Das Morsche und Faule ist wert, daß es zugrunde geht. Auch solche Organisationen, die sich im Laufe der Geschichte zu einem von der Zeit überholten Werkzeug erwiesen haben, müssen zerschlagen werden, sollen sie nicht eine Reaktion auslösen. Wenn sich in der alten SPD., die längst innerlich in grundsätzliche Lager gespalten war, der linke Flügel abspaltete und den Versuch machte, die besudelte Fahne des Sozialismus wieder aufzurichten, so war das ein gesundes Zeichen.

Bei einem geschichtlichen Rückblick können wir heute die Feststellung machen, daß die Spaltung der SPD. künstlich verzögert und erst zu einer Zeit zur Tatsache wurde, als lange schon der Sozialismus schändlich durch die SPD. verraten war. Aus diesem Beispiel sehen wir, daß eine Spaltung, die aus gefühlsmäßigen Gründen verzögert wird, eine hemmende Auswirkung zeitigen kann, da sie zu spät der Entwicklung der Verhältnisse Rechnung trägt. Daß Disziplin oft zu falscher Disziplin werden kann, und die Angst vor Spaltungen oft zur Kapitulation vor dem Reformismus geführt hat, zeigen uns noch andere Beispiele in der Geschichte.

Aehnlich lagen die Verhältnisse bei der Abspaltung der Spartakusgruppe von der USPD.; denn auch da waren die Gegensätze längst reif zur Spaltung. Wo Halbheiten und Schwäche sich einstellen, und wo der Reformismus und Opportunismus sich entwickelt, dort wird stets das revolutionär denkende Proletariat den Kampf aufnehmen. **Der schlimmste Feind der Arbeiterklasse ist der Reformismus in den eigenen Reihen, und Spaltungen, die ein vollständiges Versumpfen in den Opportunismus verhüten, können nicht zum Schaden sein.**

Die Heidelberger Spaltung war keinesfalls der Wunsch des kommunistischen Proletariats, sondern das Ergebnis einer Entwicklung zum Opportunismus. Parlamentarismus und Antiparlamentarismus, sowie Betriebsorganisationen und Gewerkschaften lassen sich nicht unter einen Hut der Organisation bringen, und die Spaltung wurde eine Notwendigkeit, trotzdem Paul Levi und andere Führer eine erbärmliche Rolle hierbei spielten. Differenzen, die sich zu großen Gegensätzen entwickeln und sich oft als Weltanschauungen gegenüberstehen, müssen zu organisatorischen Spaltungen führen, denn für die Dauer kann man unbestreitbare Widersprüche künstlich nicht verkleistern.

Auch unsere Bewegung hat einige Abspaltungen zu verzeichnen, die durch blinde Führerautorität und durch das Mißverstehen unserer Aufgaben im Betriebe, verursacht wurden. (Essener Richtung.) Das Verkennen einer revolutionären Partei, sowie das Nichtverstehen der geschichtlichen Rolle einer Partei im Klassenkampf, führte ebenfalls zu einer Absplitterung von Genossen. (Einheitler.) Beide Abspaltungen bewiesen uns, daß die abgesplitterten Genossen die Bedingungen des modernen Klassenkampfes zu wenig verstanden hatten und die Kampfmethoden nicht dialektisch betrachteten.

Die Geschichte beweist uns also, daß es Spaltungen zweierlei Art gibt; welche, die zu einer Klärung und Weiterentwicklung der Kampfmethoden der Proletarierklasse beitragen und solche, die aus falschem Verständnis auf Nebengleisen des Klassenkampfes enden und objektiv eine Schwächung herbeiführen. In diesem Sinne kann man die Spaltung der revolutionären Arbeiter von der SPD. und später von der USPD., sowie die Heidelberger Spaltung als fortschrittlich und die Entwicklung fördernd betrachten.

Völlig entgegengesetzten Charakter trugen die Spaltungen mit der Essener Richtung und der Einheitsorganisation. Besonders die Spaltung mit der letzteren zeigt, wie Proletarier auf Grund einer mechanischen Denkweise zu Konsequenzen kommen können, die dem proletarischen Befreiungskampf nicht dienlich sind. Die Praxis hat bewiesen, daß das Argument der Einheitler, die Partei sei an Korruption und ähnlichen Mißverhältnissen in der Arbeiterbewegung schuld, absolut nicht stichhaltig ist. Schon die eigene Geschichte der Einheitsorganisation, die reich genug an Spaltungen ist, beweist das genügend. Zudem wissen wir als Marxisten, daß es Korruption solange in der Arbeiterbewegung geben wird, als die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, deren verseuchender Einfluß sich auch auf sie erstreckt, für ihre Befreiung kämpfen. Korruption und ähnliche Dinge sind also keine Erscheinungen, die in der Partei einen besonderen Nährboden haben; sie haben vielmehr ihre Ursache in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, der Trägerin jeglicher Korruption. Die Korruption in der Arbeiterbewegung im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung abzuschaffen, ist genau eine solche Unmöglichkeit, als wollte man „friedlich" in den Sozialismus hineinwachsen. Eine revolutionäre Partei kann daher nur nach bester Möglichkeit die Sicherungen schaffen, welche die Korruption auf das denkbarste Mindestmaß einschränkt.

Die Hauptsicherung ist die Stärkung und Förderung des Selbstbewußtseins, sowie die Hebung des allgemeinen Niveaus der Mitgliedschaft, denn eine kritische denkende Mitgliedschaft ist der beste Damm gegen jegliche Entartungserscheinungen, die in heutiger Zeit an sich nicht gänzlich zu vermeiden sind.

Die Differenzen, die neuerdings der Fall Schwarz zutage förderte, zeugen dafür, daß die Grundsätze der KAPD. nicht genügend fest in der Mitgliedschaft verwachsen waren, denn sonst wäre es unmöglich gewesen, daß um eines Parlamentariers willen die Genossen sich spalten konnten. Die Spaltung hat jedoch den Schwarzanhängern bewiesen, daß sie vollständig opportunistisch entgleist sind, und kehren die Genossen durch gewonnene Einsicht zu dem alten Grundsätzen zurück, dann steht einer Einigung nichts im Weg, und geschichtlich gesehen, wäre dann die Spaltung nicht umsonst gewesen.

Ziehen wir nun, aus den Spaltungen der Arbeiterbewegung kurz die Lehren:

Alle Spaltungen lehren uns, daß nicht jede Einigkeit stark macht, und daß in den meisten Fällen durch Spaltung die revolutionäre Bewegung neu gefestigt wurde. Eine bedeutende Erfahrung lehrt uns, daß das Proletariat vollständig das alte Abhängigkeitsverhältnis von Führern und Angestellten der Organisation aufgeben muß. Durch selbstbewußtes Denken muß das Proletariat seine eigenen Geschicke lenken, dann kann es nie von Berufspolitikern und Emporkömmlingen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. In einer Organisation, wo die Mitglieder selbst über die Wege und Maßnahmen bestimmen und die Körperschaften nur beratende und ausführende Organe sind, wird es unmöglich sein, daß Führernaturen egoistisch die Mitglieder beeinflussen können, wodurch häufig Spaltungen entstehen. Ein selbstdenkendes und handelndes Proletariat, das sich nicht mehr von falschen Politikanten bevormunden läßt und vom Selbstbewußtsein durchdrungen ist, kann nicht mehr von Führern, die sich als Götter fühlen und nur ihre egoistischen Interessen und Ziele verfolgen, zerrissen und gespalten werden.

Aus den Erfahrungen der Geschichte muß das Proletariat neue Waffen schmieden, und aus den Fehlern veralteter Organisationsformen muß es moderne Organisationen schaffen, auf die der kompromißlose Klassenkampf fundamentiert werden kann. Frei von sentimentalen Gedanken und ganz nüchtern und zielklar muß das Proletariat erkennen, daß Spaltungen in der Regel ein geschichtliches Resultat waren, das uns lehrte, daß die Einigung des revolutionären Proletariats sich durch diesen langwierigen Klärungsprozeß vollziehen wird.

Aus dem langjährigen Verrat am Proletariat und aus den Halbheiten und Schwächen des Kampfes muß sich von neuem das revolutionäre Proletariat um das Banner der AAU. und KAPD. scharen, will es aus allen vergangenen Spaltungen die Lehren ziehen und seinen Aufgaben gerecht werden.

★

Politische Rundschau.

Das Stelldichein der Minister.

Deutschland ist nicht nur das Land „der Dichter und Denker", sondern es könnte ebensogut das Land der Minister und Bürokraten sein. Kein Land der Erde hat im Verhältnis zu seiner Größe soviel Minister und Beamte als die „freieste Republik" Deutschland. Der Partikularismus (Sonderinteressen eines Staates im Reiche) lebt heute, in der demokratischen Republik, genau so kräftig wie zur despotischen Zeit Friedrichs des „Großen". Auch diese Tatsache ist ein leuchtendes Beispiel für das, was die Republik „geändert" hat.

Um einmal über die hemmende Wirkung, die die Einzelstaaten des „neuen" Deutschlands zutage förderte, zu reden, doch nur zu reden, kamen die Minister von 18 deutschen Staaten Mitte Januar zu einer Länderkonferenz in Berlin zusammen. Man referierte, diskutierte und erwog für und wider den Partikularismus einige Tage, und auch die sozialdemokratischen Ministerlinge bekundeten ihre staatsmännische „Weisheit". Zum Schluß stellte man jedoch fest, daß alle Reden nur Schall und Rauch waren, denn die Konferenz der Minister löste sich in Wohlgefallen auf, ohne auch nur etwas gegen den geschichtlichen Rückstand der Einzelstaaterei zu unternehmen. Das „Berliner Tageblatt" vom 19. Januar d. J. schreibt hierüber:

„Die Länderkonferenz hat gestern ein unrühmliches Ende gefunden. Ihr Verlauf war matt und enttäuschend, ihre Schlußsitzung war nicht erfolgreicher als die vorhergehende."

Es hätten auch Wunder geschehen müssen, wollte man von den Ministern der kapitalistischen Unordnung verlangen, daß sie dieselbe in gesunde Bahnen lenken sollten. Erst die eiserne Tat der proletarischen Revolution kann die Reste des Winkeldespotismus entgültig beseitigen und die Grenzpfähle fällen, die innerhalb und außerhalb Deutschlands noch stehen. Der Kommunismus wird abrechnen mit den servilen Knechten des heutigen Bürokratismus und die kapitalistischen Gegensätze und Widersprüche der einzelnen Länder aufheben unter der Parole:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Großkampftag.

Mit Lungenkraft, Tintenfässern und Schalmeien, so kämpfen die tapfern Parlamentslakaien.

Am Königsplatz, doch halt — wir leben ja in einer Republik, also am Platz der Republik, wurden in dem Hause, daß dem deutschen „Volke" gewidmet ist, enorme Mengen von Schallwellen losgelassen, und es ist nur schade, daß sie nutzlos in den Aether verfliegen mußten und nicht durch das Mikrophon dem „Volke" übermittelt wurden. Es war nämlich am 27. Januar d. J. ein Großkampftag von kolossaler geschichtlicher „Bedeutung" im Reichstag. Ein ganz echter und rassereiner teutscher Mann hat sein großes Können produziert, indem er die Republik „ein jämmerliches, auf Meineid und Hochverrat aufgebautes Gebilde" nannte. Außerdem verherrlichte er die Rathenau- und Fememörder.

Das völkische Geschrei des Abg. Frick brachte Leben in die Bude, und der meistens monotone Reichstag wurde lebendig. Man schimpfte, gestikulierte und tobte nach echt parlamentarischer Art, und alle kämpften für das „Volk". Interessant bei der ganzen Angelegenheit ist das Verhalten der KPD.-Abgeordneten. Nach proletarischer Logik hätten sie doch, wenn sich die bürgerlichen Parteien mit Dreck bewerfen, als lachender Dritter beiseite stehen können, denn die Demokraten und Hakenkreuzler stinken gleich. Doch nein, die KPD zeigte, wie damals bei dem Rathenaumord, daß sie ein warmes Herz für kapitalistische Minister hat. Während die Demokraten und Zentrumsleute, denen die völkischen Angriffe galten, schön im Hintergrund blieben, gingen die KPD.-Parlamentarier mit dem Mund zum Angriff über. Nach demokratischer Art wurden nun zwei KPD.-Abgeordnete aus dem Saal gewiesen, während der völkische Krakeeler weiter schimpfen durfte. Wie nämlich immer im Reichstag, hörte der Präsident nur die linken Zwischenrufe und rügte sie. So ein alter Parlamentarier, wie der Vizepräsident Graef, der die Sitzung leitete, ist sehr korrekt gegen links. Sein Kollege Löbe scheint jedoch im guten Verhältnis zu seinem deutschnationalen Kollegen zu stehen. Am nächsten Tage entschuldigte der erste sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe Herrn Graef von den Deuschnationalen, daß er nicht die unparlamentarischen Aeußerungen von den Hakenkreuzlern gehört hätte. Den völkischen „Helden", der zwei Meter vor ihm auf der Tribüne stand, hörte er nicht, doch die Zwischenrufer im Saal sehr gut. Das ist parlamentarische Logik, die der SPD.-Mann Löbe entdeckte.

Es wäre jedoch sehr müßig, sich darüber zu streiten, wer Recht habe, denn die Parteien im Parlament stinken alle. Doch die Arbeiterklasse muß überlegen, ob die Parlamentsstrategen wirklich die Geschichte machen und ob vom Parlament die Gewalt der heutigen Gesellschaft ausgeht oder nicht, wie wir überzeugt sind von den kapitalistischen Produktionsstätten der besitzenden Klasse.

Wenn in diesem Jahre wieder der Wahljahrmarkt beginnt und die Ausschreier der Parlamentsparteien ihre Schäfchen einfangen wollen, dann mögen sich die denkenden Proletarier auf den proletarischen Klassenkampf besinnen, der nicht in der Luftrederei am „Platz der Republik" ausgefochten wird.

Die religiöse Seuche.

„Die Gottespest ist die schlimmste Pest auf Erden."

In Köln am Rhein tagte in der ersten Januarhälfte die Freidenker-Internationale. Der Generalsekretär Franzl (Wien) berichtete nach der „Roten Fahne" vom 7. Januar 1928 neben vielem anderen folgendes Interessante über England: **„Von allen Ländern steht, was die Freidenkerbewegung betrifft, England am schlechtesten da. Es war nicht möglich, in England eine proletarische Freidenkerorganisation zu gründen, da der religiöse „Sozialismus" der Macdonald und Konsorten das größte Hemmnis wäre".**

Auch Ebert war ja bekanntlich ein treuer Sohn der Kirche, und die SPD. zählt ja auch 49 offizielle Führer noch zu den Gesalbten Gottes. Wieviel noch heimlich diesem Verblödungsapparat der Bourgeoisie angehören, weiß man nicht.

Das revolutionäre Proletariat muß darauf achten, daß sich nicht auch in seine Reihen solche Elemente einschleichen, die den Gottesbegriff in verschleierter Form unter dem Deckmantel des religiösen Sozialismus an den Mann bringen wollen. Ein Klassenkämpfer für die Bedarfswirtschaft, für den Kommunismus, kann nur religions- und gottlos sein, weil letzten Endes jeder Gottesbegriff Verzückung, Anbetung, stille Duldung und zuletzt Untertanengeist bedingen. Daß bei dieser Frage die evangelische, die katholische und die jüdische Religion, die in Deutschland wohl die Hauptrollen spielen, absolut gleich zu bewerten sind, dürfte wohl selbstverständlich sein.

Heraus aus jeder Kirchengemeinschaft!

kann nur ein selbstverständlicher Kampfruf aller proletarischen Revolutionäre sein; denn der Gottesbegriff ist unter dem Deckmantel des religiösen Sozialismus die letzte geistige Reserve der Bourgeoisie.

Prügelnde SPD.-Bonzen.

Einst und jetzt.

Was der „Vorwärts" seinen Lesern verschweigt.

In Krefeld hat sich dieser Tage eine Angelegenheit zugetragen, die für unsere heutigen Begriffe unglaublich erscheint. Vor der Strafkammer des Krefelder Schöffengerichtes standen zwei Mitglieder der SPD. und des Reichsbanners, die Arbeiter P. M. und F. M., angeklagt wegen **„Gotteslästerung" und „Körperverletzung"**. Was die Sache besonders interessant machte, war die Tatsache, daß die Klage von dem **SPD.-Stadtverordneten und Gewerkschaftssekretär Medrow erhoben** war.

Die Ursache der Klage datierte aus einer am 17. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung des Krefelder Reichsbanners, in welcher für einen Reichsbannertag ein katholischer Gottesdienst vorgesehen war. Hiergegen erhoben eine Anzahl Arbeiter, darunter auch der seit 30 Jahren (!) in der SPD. organisierte Angeklagte M. Einspruch. Letzterer bezeichnete den Gottesdienst als **„Mumpitz"** und erklärte, daß die sozialdemokratischen Arbeiter **„diesen religiösen Rummel"** nicht mitmachen würden.

Darauf griff der **Angestellte des Baugewerksbundes und SPD.-Stadtverordnete, Karl Medrow,** den Arbeiter M., seinen Parteigenossen, **tätlich** an, und als Vater und Bruder diesem zu Hilfe eilten, entstand in der Reichsbannerversammlung eine wüste Schlägerei.

Die Folge hiervon war, daß der Bonze **Medrow** gegen seine **eigenen Parteigenossen Strafantrag wegen „Gotteslästerung" (!) und „Körperverletzung" stellte und von dem einen sogar ein Schmerzensgeld in Höhe von 180 RM (!) verlangte.**

In der Anklageschrift des Krefelder Gerichts heißt es wörtlich:

„P. M. sei hinreichend verdächtig, öffentlich eine der christlichen Kirchen oder ihre Einrichtungen beschimpft (!) zu haben, indem er in einer Versammlung des Reichsbanners (!) die vorgesehene Abhaltung eines Festgottesdienstes (!) als „Mumpitz" bezeichnete, sowie vom „religiösen Rummel" oder „Blödsinn" sprach."

Vor dem Gericht marschierten als Hauptbelastungszeugen eine Reihe prominenter Sozialdemokraten auf, darunter Karl Medrow, Stadtverordneter und Gewerkschaftssekretär, Heinrich Essers, Konsumverwalter, Arno Gräber, ehemaliger Betriebsrätesekretär, Heinrich Malina, Gewerkschaftssekretär und der Lehrer an der weltlichen Schule (!), Klemens Budde.

Diese Burschen beschworen vor dem Klassenrichter **„bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden"** die Richtigkeit der in der Anklage bezeichneten „Delikte". Auf Grund dieser Aussagen kam das Gericht zur Verurteilung der Angeklagten. Wegen **Körperverletzung** und **Gotteslästerung** erhielt der Arbeiter Peter M. **einen Monat Gefängnis**, der Arbeiter F. M. **50 RM Geldstrafe. Außerdem wurde P. M. noch zur Zahlung eines Schmerzensgeldes von 180 RM an den Gewerkschaftsbonzen Medrow verurteilt.**

Daß die SPD.-Bonzen nicht erst nach dem Umfall von 1914 und nach der Novemberrevolte von 1918 so frech geworden sind, sondern dieses Verprügeln vor dem Klassengericht auch schon vorher kannten, beweist folgende Gegenüberstellung aus dem Jahre 1912. Der Bericht ist der „Leipziger Volkszeitung" vom 31. März 1912 entnommen und lautet:

„Vom Stuttgarter Parteizwist.

In der Stuttgarter Parteiversammlung am 29. März wurden allerlei Vorgänge in der Partei, die weit über Stuttgart hinaus Aufsehen und Befremden erregt haben, zur Erörterung gebracht. Zunächst gelangte der „Fall Skalsky" zur Erörterung. Wie bekannt, hat der Beamte auf dem Hauptbureau des Metallarbeiterverbandes, Skalsky, der nach gerichtlicher Feststellung sich zur „gemäßigten Richtung" zählt, in einer geschlossenen Mitgliederversammlung der Stuttgarter Organisation aus nichtiger Ursache **einen alten Arbeiter, der anderer Meinung war, beschimpft und mißhandelt.** Die Versuche der Parteileitung, die Angelegenheit auf ordnungsmäßigem Wege durch die Parteiinstanzen zur Erledigung zu bringen, hat Skalsky mit der Motivierung abgelehnt, das sei seine Privatsache, die gehe der Partei nichts an. Die Parteiversammlung antwortete mit dem Beschluß, das Ausschlußverfahren gegen Skalsky einzuleiten. Der Wortlaut des Beschlusses wurde im Stuttgarter Parteiorgan veröffentlicht. Skalsky verklagte darauf den verantwortlichen Redakteur, Genossen Westmeyer, wegen Beleidigung beim Schöffengericht Stuttgart. Das Gericht, zusammengesetzt aus dem stellvertretenden Amtsrichter, einem Kaufmann und einem Fabrikanten, kam nach Prüfung des sozialdemokratischen Parteistatuts zu dem Schluß, die **Mißhandlung** eines alten Arbeiters **sei keine ehrlose Handlung**, die Veröffentlichung des Versammlungsbeschlusses sei darum beleidigend. Westmeyer wurde mit 30 M. Geldstrafe eventuell sechs Tagen Gefängnis bedacht. **Der Landesvorstand der Sozialdemokratie Württembergs hatte an die Stuttgarter Organisation das Ersuchen gerichtet, sich mit der Rüge, die der Landesvorstand dem Genossen Skalsky erteilt hatte, zu begnügen und den Ausschlußantrag zurückzuziehen.** Die Versammlung lehnte den Antrag des Landesvorstandes ab."

Die Proletarier, die vor 1914 die Sozialdemokratie bevölkerten, waren der felsenfesten Ueberzeugung, daß sie die Organisation in ihrer Hand hatten. Eine größere geschichtliche Erfahrung hatten sie nicht, und ihre Annahme war daher berechtigt. Auch gehörten alle revolutionären großen Köpfe zur Sozialdemokratie. Doch was vor 1914 eine Selbstverständlichkeit war, ist heute einfach ein Rätsel.

Proletarier, die von 1914—1918 nichts gelernt haben und die seit dem 9. November 1918 noch immer an den marschierenden Sozialismus von Gustav Noske glauben und darum noch solche Organisationen bevölkern, haben eigentlich nichts anderes verdient; denn

der Dumme wird auch in der Kirche geprügelt.

„Großer Nachwuchs im Affenhaus".

Diese affige Meldung bringt die bürgerliche Presse, indem sie hocherfreut über das „Wohlbefinden" des kräftigen „Nachwuchses" des edlen Affengeschlechts ist. Wie sieht es aber mit dem Nachwuchs der arbeitenden Menschheit aus, die in stinkigen Mietskasernen und dumpfigen Kellerwohnungen oder in der „Palme" ihre Nachkommen zur Welt bringen muß. Doch darüber schweigt die feile Presse, die im Solde der Mehrwertsbestien steht, denn sie müßte sonst ihre eigene Schande offenbaren. Ihr Herz schlägt wohl mitleidig für Hunde und Affen, doch nicht für Proletarier, die ihnen Werte schaffen. Ueber die Affen berichtet das „Berliner Tageblatt" vom 25. Januar 1928 folgendes:

„Die Tiere des Zoologischen Gartens haben sich für die Mühe und Pflege erkenntlich gezeigt. Die Zuführung von Vitaminen ist ihnen außerordentlich gut bekommen. Es ist ein Zeichen für das Wohlbefinden der Tiere, wenn sie dem Zoo Nachwuchs bescheren."

Also das Affengeschlecht kann sich gut in der heutigen Gesellschaft fortpflanzen, währenddessen der Nachwuchs der Arbeiterklasse immer mehr verkümmert. Auch ein Zeichen der „Gesundung" der demokratischen Republik. Die Proletarier mögen sich das merken und erkennen, daß ihr Nachwuchs erst dann ein gesunder sein wird, wenn sie die fluchbeladene Profitwirtschaft in den Orkus versenken.

Verbannung nach Sibirien.

Ein Genosse schreibt uns:

Die russische Kommunistische Partei hat ein Schmerzenskind, die Opposition. Rechtzeitig wurde die Gefahr von den Stalinisten erkannt, und so geht man in rücksichtsloser Weise vor, diese Opposition zu erledigen. Interessant ist das dreieckige Verhältnis hiesiger Blätter und Organisationen: „Berliner Tageblatt" mit Paul Scheffer, der „Vorwärts" und „Die Rote Fahne". Einer bringt es, der andere knautscht mit Wollust daran herum, gilt es doch den parlamentarischen Konkurrenten auszustechen. Triumphierend demonstriert man diese Methoden Rußlands als einen Bankrott des Kommunismus überhaupt. Der dritte hat die unrühmliche Rolle eines Soldknechts. Er hat sich verkauft und schlägt sich nun für seinen Herrn. Was entgegnen sie dem „Berliner Tageblatt" und dem „Vorwärts". Sagen sie etwa: Uns ist durch unsere Bruderpartei diese genaue Information zugegangen. Nein! In der „Roten Fahne" vom 11. Januar bringt man auf der ersten Seite eine kurze Notiz mit der fetten Ueberschrift „Eine Sensationslüge des Berliner Tageblattes!", die folgenden Inhalt hat:

„Das offiziöse W. T. B. meldet: Auf Anfrage in Moskau anläßlich der Blättermeldung über die Verschickung einer Reihe von Oppositionsführern erhalten wir eine Antwort, aus der hervorgeht, daß auch in sonst gut unterrichteten Moskauer Kreisen von der angeblichen Verschickung zurzeit (!) nichts bekannt ist."

Also nachdem etwas auftaucht, werden nicht etwa sämtliche Eilverbindungen mit der Bruderorganisation zur genauen Information aufgenommen. Man schreibt eben eine fette Ueberschrift, bringt hinterher: WTB. meldet aus „gut unterrichteten russischen Kreisen". Von der „angeblichen Verschickung „zurzeit" nichts bekannt". War vielleicht vor der Zeit der Anfrage etwas bekannt? Dies erinnert so sattsam an ähnliche Aussprüche. So sagte Tschitscherin anläßlich einer Befragung über die Granatenlieferung: „Darüber bin ich nicht orientiert!" Auch Bucharin schrieb in der „Prawda", daß man die regierungsseitigen Abmachungen nicht kenne. Dabei war er Mitglied des Zentralkomitees.

Es wirft ein besonderes Licht auf die gegenseitigen Verhältnisse der einzelnen Sektionen der Kommunistischen Internationale, daß man Schritte einer Sektion, welche Bedeutung für das Proletariat international haben, nicht gegenseitig behandelt oder wenigstens genau mitteilt. Entweder liegt die Sache hier so, daß man die Abhängigkeit der KPD. (daher ihre Unterwürfigkeit) von der Russischen Kommunistischen Partei schon derartig einschätzt, daß man eine gegenseitige Beratung, ja gegenseitige Mitteilung in diesem Fall nicht für nötig hielt. Oder aber, man fühlt sich in seiner Handlungsweise schuldig. Offen und ehrlich aufzutreten und in diesem Fall dem deutschen Proletariat die Wahrheit zu sagen, könnte eventuell Bedenken über diese Maßnahmen hervorrufen. So stellt man sich dumm und weiß eben von nichts. Man wartet ab, was so die Bürger aus diesem Rätsel entziffern. Vielleicht hat man absichtlich den bürgerlichen Journalisten Paul Scheffer als Versuchsballon vorgeschickt. Zwar schimpft man weidlich auf ihn, doch wird er dafür schon sein Schmerzensgeld erhalten. Doch nun hört man das Echo in den ausländischen Zeitungen, und die Russische Kommunistische Partei kann nun ihre wirklichen Maßnahmen gegen die oppositionellen Führer durchführen.

Sibirien, sagt „Die Rote Fahne", wir wissen nicht, ob es wahr ist. Doch warum, so appelliert sie an die Instinkte der Arbeiter, warum sollen denn Führer nicht auch mal in jenen Gegenden agitatorisch tätig sein, wo es Tausende einfache Parteiarbeiter gibt, welche in den entferntesten Winkeln Sibiriens für die Sache der Sowjets arbeiten. Damit erklärt

r Einverständnis mit einer Verschickung n findet sie es für richtig, daß man gegen nnow, als die „konterrevolutionärste", mit vorgeht, wie 1918 und 1919 gegen die Men- ozialrevolutionäre. Was sind denn dies für rbeiterdelegation hat mal von den georgischen enschewiki berichtet. Danach konnten diese beiterdelegation mit Blumen und schönen Früchten en. Auch wurden uns sonst gute Dinge über ihre Behan gesagt. So z. B., daß ihre Kleidung nach Maß und Pariser Schnitt gemacht wäre. So wollte man dem ausländischen Arbeiter ein Bild von Loyalität gegenüber seinem Gegner geben. Wird man es jetzt auch tun? Es scheint so, denn „Die Rote Fahne" streitet sich mit dem „Vorwärts", ob die Verschickten 17 Kopeken Taschengeld oder 30 Rubel mitbekommen.

Die Gruppe Trotzki glaubt man, noch von dem Wege Sapronows abhalten zu können; daher geht ihr Weg wohl auch nur bis jenseits des Urakgebirges. Auch teilt man seinen Lesern mit, daß selbst die zu Kreuze gekrochenen Sinowjew und Kamenew mit ihren Anhängern wohl eine Weile außerhalb Moskaus Parteiarbeit leisten müssen. Jedenfalls versucht man in der „Roten Fahne" schon von vornherein, die Richtigkeit aller noch kommenden Maßnahmen zu beweisen.

Wir sagen den Stipendiaten Moskaus, den Pieck und Konsorten das, was Pieck den Arbeitern am Grabe Liebknechts und Luxemburgs am 15. Januar sagte: „Für uns gilt es, hinauszugehen in die Werkstätten und Betriebe, um den Weg des Kampfes durch intensive Arbeit frei zu machen!"

Für das berufsmäßig bezahlte Führertum aber bauen wir seine Worte um und sagen: sie mögen hineingehen in die Fabriken und Betriebe und arbeiten wie wir, dann werden sie nicht in die Verlegenheit kommen, sich um unbequeme Dinge in der „Roten Fahne" herumzuquetschen, wie im Falle „Verbannung nach Sibirien".

Aus dem Betrieb.

Ein Rußlandreisender „berichtet".

In eine Betriebsversammlung der Belegschaft der Firma Berkel war ein Delegierter der 3. Arbeiterdelegation geladen, der nach altbekannter Manier über seine russischen Reiseeindrücke erzählte. Wie in der Regel alle Rußlandreisenden stets vergessen, marxistisch das Problem der russischen Revolution und ihre Folgen zu erörtern, so vergaß auch dieser KPD.-Mann Mölders, dasselbe anzuschneiden.

Sein „Bericht" begann mit einer langen Einleitung, in der er den „warmen" Empfang in Rußland in langatmiger Weise schilderte. Aus der Erfahrung wissen wir, daß die 3. Internationale durch diese Empfangsaufmachungen es glänzend versteht, die Psyche der Delegierten zu beeinflussen, wodurch dann ihr Gefühl statt der Erkenntnis entscheidet. Von der Entwicklung der Agrarverhältnisse wußte er nichts zu berichten, und sein ganzer Bericht beschränkte sich auf einige Betriebe, die er gesehen hatte und auf etliche Sozialreformen, die er lobend erwähnte. Ob die Lohnarbeit aufgehoben ist und ob der Arbeiter seine Arbeitskraft als Ware verkaufen muß oder nicht, war auch für ihn keine Frage. Entweder sind diese Reisenden unvermögend, selbst im geringen Maße die ökonomischen Lehren des Marxismus zu erfassen, oder sie fälschen bewußt die Nep-Verhältnisse, die markant einen kapitalistischen Stempel tragen, in sozialistische um. Für das denkende Proletariat haben daher diese primitiven „Berichte" keinen Wert, denn Delegierte, die an „freudigen" Proletariern, die „zufrieden" sind und in Reformen den Sozialismus erblicken, können keine Zeugen für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft sein. Am Schluß seiner Rede machte er für die Einheitsfront der Gewerkschaften Propaganda, die von Naske bis Thälmann reicht.

In der Diskussion sprach als einziger Redner ein Genosse von uns, was beweist, wie wenig kritisch das heutige Proletariat eingestellt ist und ohne Kritik alles entgegen nimmt.

Unser Genosse stellte zunächst die geschichtliche Rolle der russischen Revolution marxistisch klar. An einigen Zitaten von Liebknecht und Luxemburg zeigte er auf, wie kritisch beide Verkämpfer der russischen Revolution gegenüberstanden, indem sie schon 1918 erkannten, daß bei einem Versagen und Ausbleiben der deutschen Revolution die russische Revolution zur Tragödie werden muß. Heute, nach 10 Jahren, dürfte dieses eigentlich keine umstrittene Frage mehr sein, denn die Geschichte hat gesprochen und Liebknecht und Luxemburg recht gegeben. Er zeigte weiter auf, wie in der Tat die ökonomischen Verhältnisse in Stadt und Land liegen, und daß der Grund und Boden in Rußland nicht sozialisiert oder kommunalisiert ist, sondern daß das Privateigentum auf dem Lande herrscht. Der Bauer kann sein Land auf lange Jahre verpachten und ebenfalls Lohnarbeiter beschäftigen, was treffend das kapitalistische Prinzip ausdrückt. Um dieses zu illustrieren, zitierte unser Genosse die kritische Schrift Rosa Luxemburgs „Die russische Revolution" und zeigte anhand dieser auf, daß bereits vor 10 Jahren Luxemburg diese kapitalistische Nep-Politik vorausgesehen hat. Anhand von Material der oppositionellen Gruppe Sapronow-Smirnow schilderte dann unser Genosse die Arbeitsverhältnisse in den russischen Betrieben, sowie die unsoziale Differenzierung der Löhne zwischen Männern und Frauen und gelernten und ungelernten Arbeitern. Dann zeigte er an der Arbeitslosenziffer von 1,5 Millionen, daß in einem Lande, wo wirklich die Arbeiterklasse im Besitz der Macht ist, es unmöglich wäre, daß ein derart großes Erwerbslosenheer existieren könne, wo gerade die russischen Verhältnisse einen Aufbau bedingen, den die Arbeitskräfte Rußlands nicht voll befriedigen könnten. Wenn heute in Rußland diese traurige Tatsache zu vergeichnen ist, so hat das seine Ursache darin, daß Rußland nicht für den Bedarf, sondern für den kapitalistischen Warenmarkt produziert. In Rußland ist überall das schändliche Akkordsystem in Anwendung, was ebenfalls hindeutet, welchen Weg die Entwicklung geht. Zum Schluß ging unser Genosse noch auf die erbärmlichen Methoden der heutigen Machthaber des Kreml ein, die jede grundsätzliche Opposition unterdrücken. Die Verbannungen der Linken Kommunisten in Rußland zeigen am klarsten, wer tatsächlich herrscht; nicht die Diktatur des Proletariats, sondern **die Diktatur über das Proletariat.** Außerdem teilte der Genosse der Versammlung die Tatsache mit, daß die 3. Internationale der KAPD. nicht gestattet, eine Delegation nach Rußland zu entsenden.

Der Rußlandreisende nahm nun noch einmal das Wort, konnte jedoch sachlich nichts von der Kritik unseres Genossen entkräften. Er schimpfte auf die KAPD., wie wir das gewöhnt von den KPD.-Bonzen gewohnt sind, wenn sie mit ihrer Politik in Verlegenheit geraten. Die Akkordarbeit konnte er nicht anders rechtfertigen, als daß er sagte: „die russischen Arbeiter fühlen sich sehr wohl bei ihr". Nun geschah etwas, was bisher noch seinesgleichen sucht. Der KPD.-Mann Mölders versteigt sich zu der frechen Lüge, die Schrift Luxemburgs „Die russische Revolution" sei gefälscht. Dieses haben jedoch noch nicht einmal die Oberbonzen der KPD. zu behaupten gewagt, die wirklich nicht verlegen sind, wenn es gilt, Tatsachen zu entstellen.

Die Versammlung zeigte, daß die Proletarier langsam anfangen, auch etwas kritisch zu denken, abgesehen von einigen Unverbesserlichen, auf deren Widerstand unser Genosse stieß. Die Erkenntnis von den wirklichen Voraussetzungen des Sieges der Arbeiterklasse bricht sich langsam aber sicher Bahn.

Kurze Notizen.

Von der Tagung des IGB. in Berlin ist noch die interessante Tatsache nachzutragen, daß der Zentrums-Reichsarbeitsminister Brauns anläßlich des Besuches der Bonzen im R.A.M. ein Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung ausbrachte.

*

Wahlen in Japan finden in diesem Jahre gleichfalls statt. Nach einer Aenderung der Wahlgesetze dürfen im Februar 10 Millionen gegen frühere 3 Millionen ihr Heil mit dem Stimmzettel versuchen.

*

Kommunisten raus! ist die neueste Parole der russischen Regierung. Nach einer Meldung des Reichsorgans der Opposition der KPD., „Volkswille", traf in den letzten Tagen bei den Handelsvertretungen und Botschaften der Sowjetunion ein von Tschitscherin gezeichneter Erlaß ein, der die Entlassung aller in den Vertretungen beschäftigten Kommunisten sofort verlangt. Eine Reihe von Kündigungen sind bisher schon erfolgt; in einigen Fällen hat man die Angestellten ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist sofort entlassen und ihnen ihre Bezüge ausgezahlt. Die Entlassungen richten sich nicht etwa nur gegen Oppositionelle, sondern auch gegen stalintreue Kommunisten.

Nach dem Tschitscherin-Erlaß soll auch der Verkehr bekannter Kommunisten in den sowjetrussischen Vertretungen ganz aufhören, da dies kompromittierend und für die außenpolitische Lage der Sowjetunion von Schaden sei.

Die Verordnung hat in den Kreisen der Stalinisten große Erregung hervorgerufen. Vom ZK. der KP. Oesterreichs sind bereits zwei Vertreter unterwegs, um in Moskau zu protestieren.

In dem Falle, daß die KPD.-Presse diese Angelegenheit abstreiten sollte, droht der „Volkswille" mit weiteren Enthüllungen und ist u. a. bereit, die Namen der österreichischen ZK.-Vertreter, die über Berlin nach Moskau reisten, zu nennen.

Aus der Organisation.

Januarfeier.

Zum 14. Januar hatte die KAP.-Opposition die revolutionären Arbeiter Gr.-Berlins aufgerufen, das Gedächtnis ihrer großen Toten Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und unzähliger, ungenannter revolutionärer Klassenkämpfer zu ehren. Daß der Ruf der Opposition nicht umsonst war, der Geist von Karl und Rosa noch im Berliner Proletariat lebt, zeigte der gefüllte Raum der Stadthalle.

Den künstlerischen Teil der Veranstaltung bildeten Musik, Chorgesang, Rezitation und Sprechchor, wobei hervorgehoben werden muß, daß das gesamte Programm von Arbeitern aus den Betrieben bestritten wurde. Der, wie auch die übrigen Lieder, vom „jungen Chor" gesungene „Trauermarsch" in Verbindung mit der klassischen Streichmusik gaben der Feier eine würdige Stimmung. Besonders aufrüttelnd und mitreißend waren die Rezitationen und von den Liedern der „Weckruf". Das Kernstück der Gedenkfeier, die Ansprache, ließ noch einmal die Vorgeschichte und den Verlauf des „Roten Januar" vorüberziehen. Treffend zeigte der Redner den erst schleichenden Verrat der Sozialdemokratie, der nach Niederringung von Spartakus sich zur offenen Mordhetze steigert. Beleuchtet wurden die Fehler und Schwächen der ersten Spartakusaufstandes, aber auch die himmelstürmende Begeisterung, der ungeheure Heroismus der revolutionären Kämpfer, wie die viehische, gemeine Kampfesweise der weißen Soldateska und ihrer sozialdemokratischen Auftraggeber wurden entsprechend gewürdigt. Klar und scharf zog der Redner aus den großen Ereignissen des Januar 1919 die Schlußfolgerungen für den gegenwärtigen und zukünftigen Kampf des revolutionären Proletariats. Immer noch gelten die letzten Worte Rosa Luxemburgs, der Mahnruf Karl Liebknechts. Das Banner steht und wird nur zum Siege getragen werden mit dem Schlachtruf des Spartakusbundes, der Januarkämpfer: Alle Macht den Räten! Unser die Welt! Trotz alledem! Der Sprechchor der KAJ. als Abschluß der Feier verdient noch besondere Würdigung. Die einfachen Worte der jungen Genossen atmeten den Geist der erschlagenen Brüder, waren Fanfaren zu neuen Kämpfen, ließen die Herzen der versammelten Arbeiter höher schlagen, so daß der Schlußgesang, die Internationale, das alte Schlachtlied des Proletariats, mit dem Tausende in den Tod gingen, als wirkliches Kampflied die Halle durchbrauste.

Eine kurze Kampfpause, in der das revolutionäre Proletariat seine roten Sturmfahnen vor den toten Märtyrern der Revolution senkt, war die Veranstaltung auch ein Beweis für revolutionären Geist und Stärke der Organisation, zum Quell neuen Mutes, neuer Kraft für jeden Genossen in dem schweren Kampf um die Grundsätze und Ziele der proletarischen Revolution.

Das Weltwahljahr 1928.

Mit obigem Thema veranstaltete die KAP.- und AAU.-Opposition Gr.-Berlin gemeinsam mit der KAJ. eine öffentliche Versammlung in Boekers Festsälen. Hunderte von Arbeitern des 1. Verwaltungsbezirks füllten den Saal und nahmen die Ausführungen des Referenten interessiert und beifällig auf.

Mit Hinweis auf die kommenden Wahlen in den verschiedenen Ländern der Erde (auch in der Sowjet-Union werden die Stalinwahlen vor sich gehen, nachdem die Opposition in die Eiswüsten Sibiriens verbannt ist), zeigte der Redner die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland in Verbindung mit der Arbeiterbewegung auf. Er ließ Wilhelm Liebknecht und Parvus sprechen, wie sie die Gefahren des Parlaments für den Klassenkampf kennzeichneten, die Versumpfung der Sozialdemokratie im Kampf um die Mandate und Ministersessel voraussagten. In praktischer Auswirkung dessen ertränkte die SPD. von 1914 bis jetzt die Revolution in einem Meer von Verrat und Blut. Klar wurde aufgezeigt der Mangel an Selbstbewußtsein und die daraus folgenden Niederlagen des Proletariats als zwangsläufige Auswirkung des Führerglaubens, der seinen Ursprung ebenso wie die Ebert, Wels, Noske, Hörsing und hunderte anderer Arbeiterverräter, in der parlamentarischen Beteiligung hat, deren Produkt die letzteren wurden.

Der Referent konnte an Hand unwiderlegbaren Tatsachenmaterials die gleichartige, durch die Zwangsläufigkeiten der russischen Außenpolitik noch ungemein verkürzte Entwicklung der KPD. beweisen; den Weg von der Obstruktionspolitik bis zur praktischen Mitarbeit, durch Verbesserungsanträge zum Republikschutzgesetz, Knappschaftsgesetz, Reichswehretat, Mietsgesetz, Beamtenbesoldungsgesetz, durch die Stützung sozialdemokratischer Minister und Beamten in den Ländern und Kommunen.

Er charakterisierte die Politik des „kleineren Uebels", wie sie auch die „oppositionelle linke Kommunistin" Ruth Fischer 1925 vertrat, indem sie vorzog, lieber einer sozialdemokratischen als einer deutschnationalen Regierung Maschinengewehre zu bewilligen.

Die Größe der Gefahr der parlamentarischen Beteiligung bewiesen auch die Vorgänge in der KAP., wo die Körperschaften für einen Reichstagsabgeordneten und seine Diäten Grundsätze und die Hälfte der Mitgliedschaft fahren ließen. Auch bei den kommenden Wahlen werden den Arbeitern von allen parlamentarischen Parteien unzählige neue Versprechungen, Illusionen gemacht werden. Diesem Verdummungsmanöver gegenüber fordert der Vortrupp des revolutionären Proletariats auf zur Wahlenthaltung, und weiter zum aktiven Kampf in den Reihen der antiparlamentarischen Partei, in den revolutionären Betriebsorganisationen der AAU. um die Rätediktatur, die Befreiung des Proletariats, die nur die Revolution erzwingen kann.

In der anschließenden Diskussion versuchte ein Prediger der Organisationslosigkeit, seine zersetzenden Ideen an den Mann zu bringen. Ein Sprecher der „Einheitsorganisation" wollte alle Schuld am Unglück und der Zerrissenheit des Proletariats auf die Parteien laden und propagierte die „Einheitsorganisation" als Allheilmittel. In ihrer ganzen Erbärmlichkeit zeigte sich die KPD. Die sich einige Male durch Zwischenrufe bemerkbar gemachten Stalinjünger fanden nicht einmal den Mut, offen Farbe zu bekennen, und ließen einen „unorganisierten Arbeiter" auftreten, der aber bald als bezahlter Parteiangestellter entlarvt wurde und ein Loblied auf Stalin und den „ersten Arbeiterstaat" grammophonwalzenartig abrollte.

Im Schlußwort riß der Redner an Hand weiterer einwandfreier Unterlagen für die Zusammenarbeit zwischen der deutschen Reichs- und der Stalinregierung der KPD. die Larve von der konterrevolutionären Fratze. Mit der zwingenden Logik des Marxismus fertigte er den Vertreter der Organisationslosigkeit ab und entkräftete die Argumente der Einheitsorganisation mit deren eigener, an Spaltungen so besonders reichen Geschichte. Noch einmal wurden die Proleten aufgefordert, die verrostete Waffe des Stimmzettels, die Ursache grenzenlosen Verrats, zum alten Eisen zu werfen und den Kampf mit der modernen Waffe, der revolutionären Rite, aufzunehmen, wobei der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß wieder ein Schritt der Selbstbewußtseinsentwicklung zur Befreiung getan sei.

Auch diese Versammlung brachte den Beweis, daß die Opposition trotz aller Verleumdung vorwärtsmarschiert und weiterkämpft für die alten Grundsätze der KAP. und AAU. für die proletarische Revolution.

Oeffentliche Versammlung der Schwarzisten.

Am Donnerstag, den 26. Januar, veranstaltete die KAP.-Richtung Hauptausschuß, in den Berliner Sophiensälen eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Nach Sibirien, sagt Stalin!"

Der Versammlungsbesuch war ein guter; besonders zahlreiche KPD.-Arbeiter waren erschienen. Die Stimmung war eine für die KAP.-Bewegung günstige. Dadurch scheinbar übermütig geworden, konnten es sich die Körperschaften nicht verkneifen, die Opposition in frecher Art und Weise zu provozieren. Nachdem neben dem unvermeidlichen Fichtmann und einigen KPD.-Rednern einige KAP.-Funktionäre gesprochen hatten, schickten sie — den Reichstagsabg. Schwarz auf die Bühne, der — (ausgerechnet er) die Halbheit der Ruthenen kritisierte.

Er mußte sich von einem Genossen der „Kommunistischen Arbeiter-Jugend" nebst dem schwarzistischen Teil der KAP. sagen lassen, daß er am wenigsten dazu berufen sei, Halbheiten bei anderen zu kritisieren! Unser Genosse gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Schwarz es überhaupt noch wage, in einer öffentlichen Versammlung revolutionärer Arbeiter aufzutreten, nachdem er in so schmählicher Art und Weise sein Wort, sein Mandat niederzulegen, gebrochen habe. Unser Genosse erklärte ihm, daß die Opposition in jeder Versammlung, wo Schwarz sprechen, auftreten werde, um die Arbeiter über seine „Qualität" aufzuklären.

Festzuhalten ist noch, daß der Vertreter der „Organisation der Organisationslosen", der „Propagandist für Klassenkampf", Leo Fichtmann, unserem Genossen Vorwürfe über sein Auftreten mit der Begründung machte, man müßte materielle Vorteile (das Mandat Schwarz. D. Red.) wahrnehmen, wenn man die KPD. damit schädigen könne. Bei dem „revolutionären Propagandisten", der immer noch Mitglied der jüdischen Gemeinde ist, um auch seinerseits dort materielle Vorteile in Anspruch zu nehmen, wundert uns eine solche Argumentation garnicht.

Den Genossen der KAP.-Richtung Schwarz sollte aber die Verteidigung ihrer „Taktik" durch Fichtmann doch etwas zu denken geben.

Mitteilungen.

Für die politischen Gefangenen:

Liste 8, Bau Hagge, Lohmühlenstraße, 5,90 RM.
Liste 6, durch 1./5. U.-B., 10,— RM.

*

Organisations-Kalender.

Kommunistische Arbeiter-Partei-Opposition.

1./5. Unterbezirk: Jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat Sitzung im Lokal Gessat, Graudenzerstr. 3.
2. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Oehischläger, Berlichingenstr. 8.
3. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Fränzel, Reinickendorferstr. 42.
4./18. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Paries, Hufelandstr. 32.

*

Achtung! 7. Unterbezirk! Lokalwechsel!

Partei und Union tagen von jetzt ab im Lokal von Westphal, Schloßstr. 36. Die Partei jeden 2. und 4. Freitag, die Union jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat. Dortselbst auch Ausgabe der Zeitung.

Nächste Sitzung der AAU. am Sonabend, den 4. Februar 1928.

Nächste Sitzung der KAP. am Freitag, den 10. Februar 1928.

*

Oeffentlicher Diskussionsabend

am Donnerstag, den 9. Februar 1928, abends 19.30 (7½) Uhr, im Lokal Emil Schulz, Charlottenburg, Nebringstr. 27.

Thema: Die Verhandlungen in Rußland und das revolutionäre Proletariat.
Freie Aussprache.

KPD.-Mitglieder und Leser unserer Presse sind besonders geladen. Regen Besuch erwartet.

Der 7. Unterbezirk.

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

2. Jahrg. Nr. 3. Preis 10 Pf.

Kommunistischer Arbeiter

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, oder per Post durch Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

März 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 147 149. Karl Baethke, Bln.-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht angenommen. Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Märztage: Sturm- und Kampftage.

Die Märztage spielen in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle. Sie sind Tage entscheidender, wegweisender revolutionärer Taten für die proletarische Klasse.

80 Jahre sind vergangen seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes, dieser prinzipiellen Erklärung des Bundes der Kommunisten, worin zum erstenmal alle utopistische Schwärmerei und Phantasterei überwunden ist, und dem Proletariat der Welt seine geschichtliche Aufgabe wissenschaftlich begründet und bewiesen wird.

Die Märzrevolution in Deutschland 1848 war ein Spätling auf dem europäischen Kontinent. Durch die industrielle Entwicklung in Deutschland, daß mit seinen vielen Kleinstaaten und seinlichen Verkehrswegen und aller schikanösen bürokratischen Verwaltung eine Entfaltung der Produktivkräfte und somit des Profits hinderte, war die Bourgeoisie und auch das Proletariat gewachsen. Die Hoffnung der Bourgeoisie auf den „liberalen" König Friedrich Wilhelm IV. war zuschanden geworden. Er hielt zum Adel.

Die Machtfrage war zur Lebensfrage für die Bourgeoisie geworden. Einen heldenhaften Verbündeten fand die Bourgeoisie im Proletariat, das wohl zahlenmäßig schon stark, aber organisatorisch und ideologisch noch in den Kinderschuhen steckte. Der Sieg der Barrikadenkämpfer am 18. März 1848 war ein absoluter. Am 19. März räumte das Militär Berlin. In Wien waren die Barrikadenkämpfe schon am 9. März entbrannt. Doch aus Furcht vor der sich regenden Arbeiterklasse schloß die Bourgeoisie sofort Frieden mit dem Adel und der Monarchie. Nach ihrem Prinzip:

Teile und herrsche

war der Leidtragende das Proletariat. Die große Lehre der Märztage 1848 ist:

Das Proletariat hat keine gemeinsamen Interessen mit der Bourgeoisie, sondern als neue Klasse eigene Interessen, eigene Aufgaben, die es nur lösen kann, wenn es sich selbständig organisiert.

★

Im März 1871 war es als das Pariser Proletariat sich erhob und die Commune errichtete. Umgeben von Teilen der geschlagenen französischen und der siegreich vordringenden preußischen Armee nahm das Pariser Proletariat seine Geschicke in die eigene Hand.

Dieser grandiose heldenhafte Kampf ist wegweisend und bahnbrechend für die proletarische Klasse; denn die Maßnahmen und Prinzipien der Kommune bargen die Waffen der Zukunft in sich.

Die Kommune erklärte sich als arbeitende Körperschaft, die nicht nur Beschlußkraft, sondern auch Exekutivgewalt hatte. Ihre Deputierten waren jederzeit abberufbar. Sie standen in der Entlohnung nicht höher als ein qualifizierter Arbeiter.

Durch diese Grundprinzipien war die Kommune Bahnbrecher für die Rätemacht.

Die Niederlage mußte kommen, da sie dem vereinten Ansturm der preußischen und französischen Bajonette in ihrer isolierten Stellung nicht gewachsen waren. Unter dem Kommando eines Galliffet wurden 28 000 Kommunarden ermordet und die Leichen kaum verscharrt. Dieser Bestialität wurde nur durch Einmal getan, weil durch die verfaulenden Kadaver die Pest auszubrechen drohte.

Tausende und aber Tausende wurden in die Verbannung geschickt, wo sie dahinsiechten. Nur etliche wenige konnten zurückkommen.

★

Die große Lehre der Pariser Kommune blieb fast unbeachtet.

Wohl lebte die „internationale" Sozialdemokratie von den Erinnerungen und hüllte sich in die rote Toga der Aufständischen, bediente sich auch radikaler Worte nach außen, doch ihre Taten standen dem Wesenskern der Pariser Kommune, ihren Grundgedanken feindlich gegenüber, wie nur Bourgeoisie und Proletariat sich gegenüberstehen können.

Die Versumpfung und Verbürgerlichung der deutschen Sozialdemokratie war 1905 schon soweit gediehen, daß die gewaltigen Kämpfe des russischen Proletariats nur ein schwaches Echo fanden, trotzdem sie praktisch weiterbauten an den Maßnahmen der Pariser Kommune und Arbeiterräte entstanden und sich behaupten konnten im Zarismus.

Rosa Luxemburg gehörte in der deutschen Sozialdemokratie zu den wenigen Köpfen, die begriffen, um was es ging, und die treu zur proletarischen Klasse mit allen Konsequenzen stand, während der größte Teil der sozialdemokratischen Führer schon damals seine Feigheit und bürgerliche Bequemlichkeit in reformistische Theorien hüllte.

Immer stärker wurde die Bourgeoisie, aber auch immer stärker das Proletariat. Immer stärker wurden auch die Arbeiterorganisationen, aber auch immer schwächer der Einfluß der proletarischen Mitglieder auf ihre Organisationen, die getreu dem bürgerlichen Apparat aufgebaut und nachgeäfft waren. Nichts war in ihnen vom Rätesystem zu spüren. Eine gutsituierte Bürokratie, die noch über soundsoviel Nebeneinkünfte verfügte, beherrschte mit allen Finessen und jesuitischen Kniffen die Organisation.

Der große imperialistische Zusammenstoß 1914 gab dann nur die Bestätigung für die bürgerliche Ideologie der „Sozialisten"-Führer, und die Unfähigkeit der Masse, selbständig zu handeln, war nur das Produkt ihrer Erziehung in den Organisationen, wo sie als Knetmasse einer zum Hof gehenden Führersippe dienten.

Die Märzstürme waren vergessen. Die internationale Arbeiterbewegung hatte ihr alte, einzigste Losung als Leitmotiv:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

vergessen und handelte zum Gaudium ihrer Unterdrücker nach ihrem Profitmotto:

„Proletarier aller Länder, erwürgt euch!..
Desto sicherer herrschen und desto besser verdienen wir."

★

Doch auf die Dauer konnte das Proletariat die Lehren aus seinen Kämpfen nicht in den Wind schlagen. Der Kriegswahnsinn trieb die besten Teile des Proletariats vorwärts. Das russische Proletariat, das schon 1905 und 1906 bewiesen hatte, was es kann, eröffnete im Februar 1917 energievolle Kämpfe gegen seinen absoluten Zarismus, und schon am 12. März 1917 wurde die Zarenregierung gestürzt, um einer „demokratischen" Regierung Platz zu machen.

Zugleich hatten sich die russischen Proletarier aber der Waffe bedient, mit der allein das internationale Proletariat siegen kann — die Räte. Mit dieser Waffe, die sie schon 1905 erprobten, waren sie dann in der Lage, den demokratischen Plunder beiseite zu schieben und im Oktober 1917 unter der Parole:

Alle Macht den Räten!

ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen.

Ein nachträgliches Versacken der russischen Revolution ist — neben ihrem Grundfehler: den Bauern Privateigentum an Grund und Boden gegeben zu haben — darin begründet, daß der Sozialismus in einem Lande allein nicht aufgebaut werden kann. Trotz aller Fehler und Mängel bleibt es das geschichtliche Verdienst der Bolschewiki, an Heroismus, Entschlossenheit und energievollem Wagen das geleistet zu haben, was von Menschen in solcher Phase überhaupt geleistet werden konnte. Sie haben die schwachen Ansätze der Pariser Kommune, ihren Rohstoff, zu fertigen Waffen geschmiedet.

★

Das deutsche Proletariat ließ den Ruf der russischen Revolution über ein Jahr unbeantwortet. Erst die Schläge der Entente, die deutliche Sprache überlegener technischer Mittel, sowohl an Zahl als auch Qualität, trieben die verhungerten, ausgemergelten Proleten im Waffenrock nach Hause. Als dünner Aufguß russischer Wirklichkeit wurden in Preußen-Deutschland unter der nachträglichen Genehmigung von Generalfeldmarschall Hindenburg die Räte gebildet. **Sie wurden gebildet, nicht erkämpft!** Ihre Gegner von gestern, waren heute ihre Verfechter.

So wie 1848 die Bourgeoisie sofort mit dem Adel und Monarchie Frieden schloß zur gemeinsamen Knebelung und Ausbeutung des Volkes, so schloß am 9. November die deutsche Sozialdemokratie sofort einen Pakt mit der Bourgeoisie und dem Militär zur gemeinsamen Niederknüttelung des revolutionären Proletariats.

Als dann im März 1919 eine riesige Streikwelle nebst bewaffneten Kämpfen Deutschlands Wirtschaft erschütterten und alles nach Sozialisierung schrie, da war längst durch die Nationalversammlung die deutsche Revolution auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen.

Die Sozialisierung marschiert!

Aber erst dann, wenn die Proletarier ihre Geschicke kämpfend in die eigene Hand nehmen und die Sozialisierung nicht von den Knechten des Kapitals erwarten.

★

Trotzdem der März 1919 dem deutschen Proletariat eindringlich und lehrreich antwortete auf seinen Schrei nach Sozialisierung, stand der gut organisierte deutsche Proletarier 1920 im März erneut vertrauensvoll seinen gerissensten Henkern gegenüber.

Als die Noske und Konsorten flitzen mußten, als die weiße Soldateska sich nicht mehr hinter einem sozialdemokratischen Kabinett verbergen wollte, da war es den Kaisersozialisten möglich, die Proletarier — nachdem dieselben im siegreichen Vormarsch waren, mit Hilfe der USP. und z. T. auch des Spartakusbundes durch das Bielefelder Abkommen mit seinen 8 Punkten — vom weiteren Kampf abzuhalten.

Trotz der Größe des Märzstreiks 1920 nebst seinen Kämpfen ist er innerlich ein zum größten Teil hohler Kampf gewesen; denn ein großer Teil der Proletarier streikte für seine gerissensten und darum gefährlichsten Feinde, für die Sozialdemokraten, für Noske.

★

Auch der März 1921 fand einen Teil des Proletariats in Aufruhr.

In Mitteldeutschland kämpften die Proletarier gegen die Provokationen eines Sozialdemokraten Hörsing. Ihr Ruf nach Solidarität verhallte zum größten Teil ungehört.

Während man in Mitteldeutschland kämpfte auf Leben und Tod mit dem Klassenfeind, feierten die übrigen Proletarier zum übergroßen Teil „ihr" Osterfest, das ihnen neben Weihnachten und Pfingsten und dem unvermeidlichen Totenfest auch pünktlich kalendermäßig befohlen wird.

Im März 1921 erlebten die revolutionären Betriebsorganisationen, als Träger der Räte, als Träger der Bedarfswirtschaft überhaupt, ihre Feuertaufe. Mögen auch ihre Träger heute noch schwach an Zahl sein, ihr Gedanke lebt, weil ja auch die Ausbeutung immer schärfere, raffiniertere Formen annimmt.

Seit der Niederwerfung des Märzaufstandes 1921, wo die Bourgeoisie ihre perverse Rachsucht durch ihre Söldner er-